

# Der Freisinn

5803

# FDP

Nr. 11  
November 1982  
4. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Zur schweizerischen Energiepolitik

## Kantone müssen aktiv werden

Die eigentlichen Impulse für eine eidgenössische Energiepolitik im Bunde gehen ins Jahr 1974 zurück, als der Bundesrat nach der Erdölkrise eine Kommission einsetzte mit dem Auftrag, eine nationale Bestandaufnahme bezüglich der Energieversorgung in unserem Lande vorzunehmen und entsprechende Lösungen auf gesamtschweizerischer Basis vorzuschlagen. Doch nun sind nach Ansicht von Nationalrat Prof. Hans Künzi, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich, die Stände «am Ball»:

Obwohl eine Mehrheit der Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption in ihrem Schlussbericht einen Energieartikel in der Bundesverfassung beauftragt hat, kommt die Bedeutung der Kantone in der Energiepolitik in allen Szenarien der GEK deutlich zum Ausdruck. Der geprägte Slogan zuhanden der Kantone lautete deshalb: «Nicht auf Bern warten.»

Am 25. März 1981 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft für den Energieartikel. Abgestützt auf ein breites Vernehmlassungsverfahren, beansprucht der vorgeschlagene Artikel keine weitgehende Bundeskompetenzen bezweckt neben Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten, die vernünftigerweise nur gesamt-schweizerisch erlassen werden können, vor allem die Koordinationalen Energiepolitik, indem der Bund ermächtigt wird, Mindestvorschriften zuhanden der Kantone zu erlassen. Diese können von den Kantonen ergänzt werden.

In Betracht fallen Mindestvorschriften über:

Wärmedämmung von neuen Gebäuden und bei bewilligungspflichtigen Renovationen;  
Anforderungen an Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen;  
Verbrauchsabhängige Heizkostenrechnung;

Bedarfsnachweis für Klima- und Lüftungsanlagen;

Abwärmenutzung in Industrie und Gewerbe.

Schliesslich sollen mit finanziellen Mitteln des Bundes vermehrt die Forschung und Entwicklung im Energiebereich, Pilot- und Demonstrationsanlagen, Information, Beratung und Ausbildung gefördert werden.

### Chancen für den Energieartikel?

Obschon der Nationalrat die Beratung des Energieartikels abgeschlossen hat, kann die Frage, ob der vorliegende Energieartikel in einer Volksabstimmung angenommen wird, heute schwer beantwortet werden. Die Auffassungen darüber sind äusserst kontrovers, reichen sie doch von der totalen Ablehnung eines Energieartikels bis zur Forderung nach Uebertragung umfassender Kompetenzen auf den Bund und Erhebung einer Energie- oder Lenkungsabgabe.

### Die Kantone müssen jetzt handeln!

Aus der obengeschilderten Situation stellt sich nun die berechtigte Frage: Können wir es verantworten, noch so lange zuzuwarten, bis energiewirtschaftliche Massnahmen rechtskräftig werden? Obschon wir heute noch über volle Oeltanks und genügend

Elektrizität verfügen, muss diese Frage eindeutig verneint werden. Massnahmen zum Energiesparen und zur Planung einer mittel- und längerfristigen Energieversorgung müssen nicht erst in einigen Jahren, sondern so rasch wie möglich ergriffen werden.

Eine Möglichkeit zu einem rascheren Handeln haben hier eindeutig die Kantone, die im Sinne des Szenario II zahlreiche Massnahmen ergreifen können, ohne dass sie auf den Bund warten müssen. Je aktiver die Kantone in dieser Richtung werden, desto weniger muss der Bund in einem allfälligen Energieartikel den Kantonen vorschreiben. Verschiedene Kantone haben bereits die entsprechende Initiative ergriffen und durch zusätzliche Vorschriften ihre Baugesetze ergänzt sowie Gesetze über die Energieversorgung in Vorbereitung oder schon erlassen.

### Für ein föderalistisches Vorgehen

In solchen Energiegesetzen ist es angebracht, Grundsätze der Mitwirkung des Staates und der Gemeinden bei der Energieversorgung festzulegen. Allgemein formuliert, sollte eine kantonale Energieplanung aufzeigen, wie die Energieversorgung auf absehbare Zeit gestaltet werden kann. Eine solche Planung soll mit wenig Aufwand betrieben werden. Sie kann im Rahmen der konzeptionellen Vorstellungen der GEK ein Aktionsprogramm umschreiben, um damit ein energiepolitisches Handeln der Kantone in Gang zu setzen. Weiter müssen derartige kantonale Gesetze gewisse Vorschriften bringen, um die beim Verbraucher noch fehlende Motivation zum Energiesparen zu fördern.

Das hier skizzierte föderalistische Vorgehen in der Energiepolitik darf, wie erwähnt, nicht länger auf sich warten lassen, denn nur so kann man dem Argument entgegenreten, dass man den Kantonen von Bern aus «Beine machen müsse». Mit anderen Worten: Ob ein Energieartikel kommt oder nicht, die Kantone müssen jetzt handeln.

Parteipräsident Richter zur Situation ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen

## Freisinnige Politik ist «in»

An der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz nahm Parteipräsident Yann Richter auch zu den eidgenössischen Wahlen des kommenden Jahres Stellung. Nachstehend ein Auszug aus seiner Zwischenbilanz:

Wir sehen der kommenden Auseinandersetzung mit Zuversicht entgegen. Denn wir haben eine Politik zu bieten, die auf dem Boden der Realität steht und nicht im Himmel der Utopien schwebt. Wir können aber auch den Leistungsausweis der FDP präsentieren und müssen uns nicht scheuen, Rechenschaft abzulegen.

samen Wohlfahrt. Letztere Zielsetzung erfordert sowohl eine vom Staat mitgetragene angemessene soziale Sicherheit wie aber auch ein ebenso hohes Mass an Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungswillen und Risikobereitschaft der Bürgerinnen und Bürger.

### Mehr Selbstverantwortung

Wir Freisinnige haben uns entschieden, in welcher Richtung wir weitergehen wollen: nicht in Richtung mehr Staat, zu immer grösseren Einheiten, nicht in eine anonyme Gesellschaft, nicht in den bürokratischen Wohlfahrtsstaat. Wir wollen, dass der Einzelne wieder vermehrt in Selbstverantwortung handeln kann, dass Gemeinde und Kantone wieder mehr zu ihrem Recht kommen, dass der föderative Aufbau unseres Staates wieder vermehrt respektiert wird. Kantone und Gemeinden sollen Aufgaben, die sie besser erfüllen können als der Bund, selbst wahrnehmen. Wir wollen mehr Selbsthilfe der Bürger füreinander. Das Prinzip unserer politischen Struktur ist jenes der Subsidiarität. Es verlangt den Vortritt für die jeweils kleinere Gemeinschaft. Was diese zu leisten vermag, das darf ihr die grössere nicht abnehmen. Wir Freisinnige wollen keinen Nachwächterstaat. Wir wollen einen besseren und einen menschlichen Staat. Auch künftig wird es Aufgabe des Staates sein, jenen zu helfen, die in Not und wirklich bedürftig sind. Aber nur wenn verstärkt Menschen Menschen helfen, wächst die Qualität unseres Gemeinwesens.

### Bürgerliche Politik wieder gefragt

Wir wissen immer mehr Bürgerinnen und Bürger hinter uns. Dies haben in den letzten Jahren und Monaten praktisch alle Wahlgänge belegt. Dieser Erfolg beruht nicht nur auf einer klaren, zukunftsgerichteten Programmatik, sondern ebenso sehr auf einer intensiven Detailarbeit der Parteikader wie aber auch der zielstrebigsten Mitarbeiter in den Behörden aller Stufen.

### Freisinniger Slogan mit Echo

Freisinnige Politik, die auf liberalen Grundsätzen aufbaut, ist wieder «in». Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger bekennen sich dazu. Bürgerliche Politik ist wieder gefragt. Das Selbstvertrauen der politischen Mitte ist gewachsen. Unser Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» ist nicht nur auf Echo bei unserem politischen Gegner gestossen, sondern auch beim Wähler, der unser Eintreten für diese Politik mit einem unmissverständlichen Auftrag an der Urne honoriert hat. Wir Freisinnige sind angetreten, dem Bürger mehr Freiheit, nicht mehr Staat zu bringen.

### Ja zur Schweiz

Mit unserem Slogan wenden wir uns nicht von diesem Staat ab, den unsere Vorfahren geschaffen und den wir wesentlich mitgestaltet haben. Wir Freisinnige wollen und brauchen einen — vor allem in seinen Ordnungsfunktionen — starken Staat. Einen der Freiheit, dem Recht und dem Bürger verpflichteten Staat. Dazu werden ihm in der Bundesverfassung auch zwei prioritäre Aufgaben eingeräumt: die Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen, die Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren, der Schutz von Freiheit und Rechten der Bürger sowie die Förderung der gemein-



Engagiert setzten sich die Delegierten der FDP der Schweiz an der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Bern mit dem nächsten eidgenössischen Urnengang auseinander. Der Entscheid fiel klar aus: Nein zur Preisüberwachungs-Initiative, Ja zum Gegenentwurf von Bundesrat und Bundesversammlung. Beachten Sie die verschiedenen Beiträge über diesen Anlass in dieser «Freisinn»-Ausgabe. (Photo ruti)

**Sparen?  
Dann zur  
SKA.**

SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA





### Tourismus-Kommission statt Ombudsmann

#### Bedauern des Tourismus-Ausschusses

Der Schaffung einer Schlichtungsstelle «Konsumentenschutz im Tourismus» an der Stelle eines Tourismus-Ombudsmanns kann der Ausschuss für Tourismus der FDP zustimmen. Das tourismuspolitische Gremium, das unter dem Vorsitz von Marco Solari (Bellinzona) steht, lancierte vor zwei Jahren die Idee, die Einsetzung eines privatwirtschaftlich getragenen Tourismus-Ombudsmannes näher zu prüfen.

Eine Arbeitsgruppe des Schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes, die diesen Vorschlag prüfte, kam zum Schluss, dass einer «Ständigen Kommission für Konsumentenschutz im Tourismus» der Vorzug zu geben sei, nachdem sich vor allem die betroffenen gastgewerblichen und touristischen Verbände nicht bereit erklären konnten, die nötigen finanziellen Mittel für einen unabhängigen Tourismus-Ombudsmann freizusetzen. Mit Bedauern nahm der Tourismus-Ausschuss der FDP der Schweiz von dieser Entwicklung Kenntnis und kann, wenn auch ohne Begeisterung, der Einsetzung einer Konsumentenschutz-Kommission im Tourismus im Sinne eines vorläufigen Versuchs beipflichten. Er liess sich von Verkehrsdirektor Erich Gerber (Zürich) über die Sachlage orientieren.

### Gegen Kompetenzverschiebung — Stellungnahme zur SchKG-Revision

Die beantragte Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG) wird von der FDP begrüsst, denn insbesondere Laien kommen mit dem heute zum Teil schwerverständlichen Gesetzestext nicht mehr zurecht. Die Partei spricht sich jedoch dagegen aus, dass wieder vermehrt Kompetenzen von kantonalen an eidgenössische Behörden übertragen werden. Sie erwartet zudem, dass sich der Bund auf Rahmenbedingungen beschränkt und Details der Praxis überlässt. In ihrer Vernehmlassungsantwort wirft die FDP die Frage auf, ob das Beschwer-

verfahren derart ausführlich vom Bund geregelt werden soll. Sie hält ein gewisses Eigenleben der Kantone nicht nur aus föderalistischen, sondern auch aus praktischen Gründen für wünschbar.

Positiv äussert sie sich zur Neuerung, wonach Verlustscheine verjähren. Ferner begrüsst sie die Beschränkung der privilegierten Forderungskategorien von heute 25 auf neu 3, denn der Konkurs bezweckt grundsätzlich die Gleichbehandlung aller Gläubiger. An die Privilegierung von Forderungen sind deshalb strenge Voraussetzungen zu knüpfen. Angeregt wird die Aufnahme einer übergangsrechtlichen Bestimmung, welche das Frauengutprivileg in der zweiten Klasse behält, denn auch nach dem neuen Eherecht wird es noch Eheleute geben, die unter Güterverbindung leben. Die FDP tritt schliesslich dafür ein, das Gesetz auf ein bestimmtes Datum in Kraft zu setzen und die Ausnahmen davon aufzuführen. Sie hält es nicht für wünschbar, dass die Behörden jahrelang mit zwei Gesetzen zu arbeiten hätten, wie es nach der Fassung des Entwurfs der Fall wäre.

### Armee und Technologie-Entwicklung

Militärausschuss zu den Konsequenzen aus dem Falkland- und dem Libanon-Konflikt. Mit den vorläufigen Schlussfolgerungen aus dem Falkland- und dem Libanon-Konflikt für die schweizerische Landesverteidigung befasste sich der Ausschuss für Militärpolitik der FDP. Während sich in den beiden Waffengängen die von der Schweizer Armee erworbenen bzw. ins Auge gefassten Waffen und Waffensysteme im Einsatz offenbar grundsätzlich bewährt haben, zeigen die jüngsten bewaffneten Konflikte die dominante Rolle der Technologie auch im militärischen Bereich auf. Der elektronischen Kriegsführung und — damit im Zusammenhang — der Nachrichtentechnik kommt im modernen Krieg immer grössere Bedeutung zu.

Der Ausschuss, der von Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich (Winterthur) präsidiert wird, liess sich von Oberst i. Gst. Gerhard Leu (Russikon) über die Konsequenzen für die Armee aus den beiden Auseinandersetzungen orientieren. Er kam zum Schluss, dass die Erfordernisse der elektronischen Kriegsführung im Rahmen der schweizerischen Landesverteidigung nicht mehr länger vernachlässigt werden dürfen.

### FDP und Beamte

#### Arbeitsgruppe erarbeitete Leitlinien

Die Grenzen der Staatstätigkeiten sind nach Ansicht der Arbeitsgruppe Öffentliches Personal der FDP auf Grund klarer Prioritäten zu überprüfen, als Konsequenz der stagnierenden Wohnbevölkerung, der veränderten wirtschaftlichen und gesell-

schaftlichen Verhältnisse und der wachsenden öffentlichen Haushaltsdefizite. Die Arbeitsgruppe hat unter dem Vorsitz von Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) zuhanden der Geschäftsleitung der Partei Leitlinien für eine freisinnige Beamtenpolitik formuliert. Diese sollen ihren Niederschlag auch in den «Zielsetzungen 83/87», dem Parteiprogramm der FDP der Schweiz, finden.

Gemäss den Vorschlägen der Arbeitsgruppe hat der Bund inskünftig die Besolungsstrukturen flexibler auszugestalten, wobei die Leistungskomponente und die regionalen Arbeitsmarktverhältnisse besser zu berücksichtigen sind. Eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung ist nur vertretbar unter der Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse und der Bundesfinanzen, wobei auch die Einführung eines flexiblen Altersrücktrittes zu prüfen ist. Gemeinsam mit der Privatwirtschaft muss die Transparenz der öffentlichen und privaten Arbeitsbedingungen verbessert werden, vorab durch gemeinsam zu erarbeitende funktionale Besoldungsvergleiche.

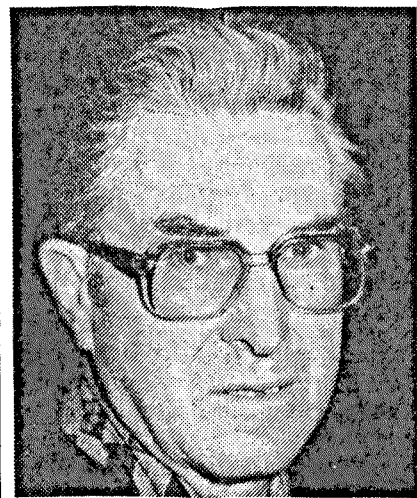


### Liberaler Leute

Bereits haben drei freisinnige Parlamentarier angekündigt, dass sie auf Ende der Legislaturperiode zurückzutreten gedenken: Ständerat Hans Munz sowie die Nationalräte Kaspar Meier und Willy Messmer. Das Wirken der scheidenden National- und Ständeräte soll in einer späteren «Freisinn»-Ausgabe einlässlich gewürdigt werden.



Seit 1971 gehört der Luzerner Dr. Kaspar Meier dem Nationalrat an; er konnte dieses Jahr seinen 65. Geburtstag feiern.

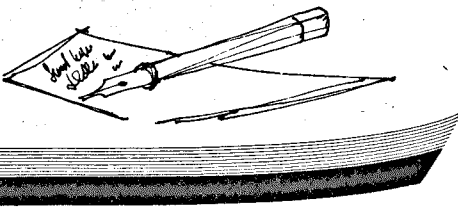


Der 65jährige Willy Messmer wurde 1979 auf der Liste der Thurgauer FDP in die Volkskammer gewählt.



Der 66jährige Dr. Hans Munz gehört als Thurgauer Ständevertreter der kleinen Kammer seit 1967 an.

### Leserbriefe



### Das Gesundheitswesen krank an der «Kostenexplosion»

In den verschiedenen Medien und öffentlichen Diskussionen wird über das Gesundheitswesen beziehungsweise dessen Kosten diskutiert. Es bedrückt mich, dass im obigen Thema nur von der fälschlicherweise als «Kostenexplosion» bezeichneten Problematik die Rede ist, nicht aber von der ebenfalls eingetretenen «Leistungsexplosion» (ich nenne sie nun auch so), die korrekterweise auch mitberücksichtigt werden müsste. Ganz abgesehen davon, dass man nicht von einer «Explosion» sprechen darf, denn bekanntlich ist eine Explosion etwas Einmaliges und nicht ein Dauerzustand.

Man müsste eigentlich von der Kostensteigerung reden.

1. Man unterlässt bewusst die segensreiche Tätigkeit aller Institutionen im Gesundheitswesen. Es ist nicht nur eine Steigerung der Kosten zu verzeichnen, auch die Leistungen, die erbracht werden, sind enorm gestiegen, so werden heute Krankheiten oder Unfälle geheilt, die früher kaum eine Chance zur Heilung hatten.

2. Zu Personalbestand beziehungsweise Personalkosten der Spitäler (über 70% der Gesamtkosten) ist zu sagen, dass man bedenken muss, dass ein Spital rund um die Uhr während 365 Tagen den Betrieb aufrechterhalten und jederzeit für Notfälle aufnahmebereit sein muss. Wehe, wenn einmal eine notfallmässige Aufnahme nicht so klappt, wie es von der Öffentlichkeit gefordert wird. Es sind dann die gleichen Leute, die mit Vorwürfen nicht zurückhalten, die jetzt über «Kostenexplosion» reden. Weiter ist festzuhalten, dass bei der Personalentlohnung ein grosser Nachholbedarf vorhanden war. Im übrigen sind weitere Forderungen angemeldet, wie zum Beispiel die Anpassung der Zulagenentschädigungen usw.

Es wird weiter immer wieder von Rationalisierung gesprochen, aber man muss bedenken, dass Rationalisierung im Krankenhaus bei der Zimmertür zum Patienten einfach aufhört. Die Spitäler haben es mit Patienten, also mit Menschen und nicht mit Maschinen zu tun. Sind es doch die teilweise knappen Stellenpläne, die die persönlichen und sicher aufwendigen Gespräche mit dem Patienten nicht zulassen, weil die Zeit einfach fehlt.

Zudem darf sicher angenommen werden, dass auch das Spitalpersonal unter Bedingungen arbeiten darf, wie sie in anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbar sind.

3. Aus den vielen Zeitungsberichten und öffentlichen Diskussionen muss man annehmen, dass ausschliesslich die Krankenkassen für die Kosten aufzukommen haben, was nicht richtig ist. Es sind die Suva, EMV, IV und auch die privaten Versicherungen, die ganz wesentliche Beiträge an die Kosten leisten. Im Verhältnis zu den Leistungen der Krankenkassen eher überproportional.

4. Ein ganz wesentlicher Punkt bei der ganzen Diskussion wird einfach

verschwiegen, nämlich die immer kürzer werdende Aufenthaltsdauer.

Den Spitalern wird häufig wirtschaftliches und anderes «Fehlverhalten» vorgeworfen. In einem Punkt scheint mir dieser Vorwurf durchaus berechtigt: Bei der Verkürzung der Aufenthaltsdauer in den letzten 10–15 Jahren. Denn die Aufenthaltsdauerverkürzung war insofern ein Fehler, als sie den Krankenhäusern nur Nachteile brachte: In vielen Fällen hat diese Verkürzung zu Verlusten des Krankenhauses geführt. Obwohl also von den Kostenträgern die Forderung nach Verkürzung der Verweildauer erhoben wird, fehlt hingegen oft das Verständnis dem Spital gegenüber. Die verkürzte Aufenthaltsdauer hat die Arbeitsbelastung bestimmter Personalgruppen stark erhöht. Je kürzer die Aufenthaltsdauer, desto mehr Personal braucht es. Bei egoistischer «richtiger» Verhaltensweise hätten die Spitäler eigentlich die Aufenthaltsdauer nicht ständig reduzieren sollen. Nachteile wären ihnen sicher nicht erwachsen. Wohl aber die Volkswirtschaft im gesamten hat davon profitiert. Dieses spitalspezifische «Fehlverhalten» zum Nutzen der Volkswirtschaft wird leider bewusst oder unbewusst in den Diskussionen umgangen oder nicht genügend gewürdigt.

Es darf einfach nicht mehr länger hingenommen werden, dass Verkürzungen der Aufenthaltsdauer so einseitig betrachtet werden, dass die Kostenträger alle Vorteile für sich beanspruchen und den Spitalern nur Nachteile verbleiben. Die Spitäler schaffen schliesslich die Voraussetzungen, für diese Aufenthaltsdauerverkürzungen, also sollten auch sie wenigstens einen Teil des Erfolges für sich verbuchen dürfen. Dies ist nicht mehr als recht und billig!

5. Ein weiterer Punkt, der in den Diskussionen auch nicht mitberücksichtigt wird, ist, dass sämtliche Ausbildungskosten dem Gesundheitswesen angelastet werden. Diese Kosten müssten meiner Ansicht nach der «Erziehung und Ausbildung» belastet werden. Zieht man nämlich diese Ausbildungskosten vom Gesamtaufwand der Spitäler ab, sieht das Resultat auch etwas anders aus.

Bei den ständigen Angriffen auf das schweizerische Gesundheitswesen, das sich übrigens weltweit betrachtet sehen lassen darf, insbesondere auf Spitäler und Ärzte, müssen alle Faktoren mitberücksichtigt werden. Es dürfen nicht nur einseitige Betrachtungsweisen stattfinden. Diese Angriffe wecken bei der Bevölkerung ein sicher verzerrtes Bild. Im übrigen handelt es sich bei der schweizerischen Kostenentwicklung nicht nur um ein schweizerisches, sondern um ein weltweites Problem, wobei diejenigen Länder mit dem «totalen sozialen Gesundheitsdienst» weit schlechter abschnitten. Sicher müssen alle Verantwortlichen im Gesundheitswesen darauf bedacht sein, diese Kosten aufmerksam zu verfolgen und wo möglich entgegenzuwirken. Silvio Zuccolini, Spitalverwalter, Präsident der FDP Domleschg GR

### Der Verband liberaler Baugenossenschaften (VLB)

### Aktive freisinnige Wohnbaupolitik

Seit über 50 Jahren gibt es liberale Baugenossenschaften, in welchen sich Freisinnige zusammengeschlossen haben, um ihren Mitgliedern und Mietern preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Der Verband liberaler Baugenossenschaften stellt sich vor:

In den fünfzig Jahren hat die moderne bauliche Entwicklung der Genossenschaftsbewegung eine starke Verbreitung gebracht. Alljährlich werden neue Genossenschaften gegründet. Seit Erlass des eidgenössischen Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes haben sich viele liberale Baugenossenschaften nicht nur der Erstellung von Mietwohnungen, sondern namentlich auch der Erstellung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen gewidmet und dabei beachtliche Erfolge erzielt.

Um den Erfahrungsaustausch zwischen den Genossenschaften zu fördern und die gemeinsamen Interessen besser zu wahren, wurde im Jahre 1965 der Verband liberaler Baugenossenschaften gegründet. Ihm haben sich bisher über siebenzig Genossenschaften und gemeinnützige Organisatio-

nen sowie eine Anzahl weiterer Mitglieder angeschlossen. Der Verband ist eine vom Bund anerkannte sogenannte Dachorganisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus und repräsentiert über fünftausend Mitglieder mit gegen viertausend Wohnungen.

Angegliedert ist eine gemeinnützige Stiftung für die Verwaltung des vom Bund gespeisten Fonds de Roulement sowie eine eigene Depositenkasse.

Politisch steht der Verband der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) nahe, in deren Delegiertenrat er vertreten ist.

Rechtlich ist der Verband als Genossenschaftsverband strukturiert. Sein höchstes Entscheidungsgremium ist die von den Mitgliedern demokratisch bestellte Delegiertenversammlung, die alljährlich mindestens einmal zusammentritt.

### Aushöhlung des Patentrechts?

«Welchen Stellenwert gibt der Bundesrat dem Schutz des gewerblichen Eigentums im Hinblick auf das Gedeihen der schweizerischen Wirtschaft, die Aufrechterhaltung ihrer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze?» Diese Frage stellt Nationalrat Dr. Felix Auer (fdp., BL) in einer von 104 Volksvertretern mitunterzeichneten Interpellation. Er will im weiteren darüber Auskunft haben, welches die Haltung der schweizerischen Delegation an der in Genf gegenwärtig laufenden dritten Verhandlungsrunde zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft ist.

In der zweiten Verhandlungsrunde, die im Herbst 1981 in Nairobi stattfand, wurden Konzessionen gemacht, die — sollten sie vom Plenum der Konferenz angenommen werden — zu einer Aushöhlung des Patentschutzes führen. Umstritten sind insbesondere die Forderungen zugunsten der Entwicklungsländer (exklusive Zwangslizenz, erheblich verkürzte Fristen bei Verfall und Widerruf des Patentes).

Die Erhaltung des Patentschutzes ist für die schweizerische Volkswirtschaft von erheblicher Bedeutung, erwächst ihr doch jährlich aus Lizenz- und Patentgebühren ein Nettoüberschuss von schätzungsweise 2½

Milliarden Franken. Die Schweiz gibt, gemessen am Volkseinkommen, von allen Staaten am meisten für Forschung und Entwicklung aus und liegt beim Technologietransfer weltweit pro Kopf an der Spitze; auch in absoluten Zahlen gehört sie der Spitzengruppe an.

Die beantragten Zugeständnisse an die Entwicklungsländer sind zudem aus dreierlei Gründen problematisch: Erstens können die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Staaten von einer derartigen Massnahme kaum profitieren, da ihnen an Know-how zur Auswertung eines Patents mangelt. Zweitens besteht die Gefahr, dass die Schwellenländer die Lockerung des Patentschutzes missbrauchen. Und drittens ist davon auszugehen, dass bei einer Erosion des internationalen Erfinderschutzes die Privatwirtschaft ihre Patente nicht mehr anmeldet und auf Investitionen in Entwicklungsländern verzichtet, weil ihr das Risiko zu gross ist. Damit können zum einen in der Schweiz mit hohen Kosten entwickelte Innovationen nicht nutzbar gemacht werden — ein Verlust für unser Land —, zum anderen fehlt dem Entwicklungsländern die ausländische Investition, die zu dessen wirtschaftlichem Aufschwung beiträgt.

- Wir wünschen weitere Auskunft über den Verband.
- Wir würden auch an einer Informationstagung teilnehmen.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

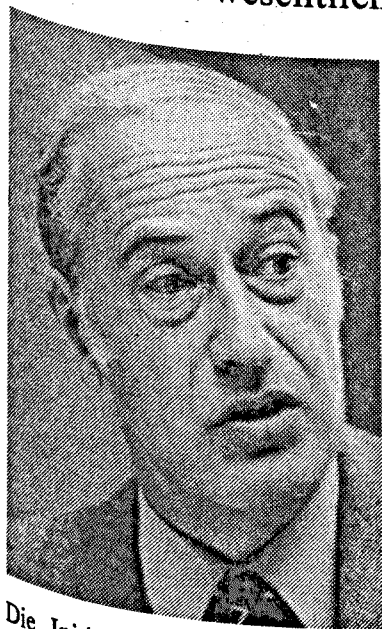
Einsenden an Pierre Gassmann, Geschäftsführer VLB, Postfach, 6020 Emmenbrücke



Preisüberwachung: Worin unterscheiden sich Initiative und Gegenentwurf?

## Drei wesentliche Differenzen

Vor dem Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverband erläuterte Dr. Hans Kneubühler, stv. Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen, die Unterschiede zwischen Preisüberwachungs-Initiative und Gegenentwurf. Für ihn gibt es im wesentlichen drei Differenzen:



sich somit eng an die seinerzeitigen Preisüberwachungsbeschlüsse von 1972/75 und will letztlich die verfassungsmässige Grundlage für den raschen Einsatz dieses Instruments schaffen.

### Unterschied zwei

Die zweite Differenz betrifft den zeitlichen Geltungsbereich. Die von den KonsumentInnen propagierte Preisüberwachung soll, ihrer Zielsetzung entsprechend, Dauercharakter haben. Zu ihrem Vollzug müsste ein Preisamt geschaffen werden. Die Preisüberwachung gemäss Gegenvorschlag soll dagegen nur in konjunkturellen Ausnahmesituationen eingesetzt werden. Es ist daher eine doppelte Befristung vorgesehen. Einmal sind alle darauf abgestützten Massnahmen bereits im Zeitpunkt ihres Erlasses zu befristen. Tritt eine Beruhigung der Preisentwicklung noch vor Ablauf dieser Frist ein, so sind sie sofort und vorzeitig ausser Kraft zu setzen. Es soll also keine Preisüberwachung auf Vorrat betrieben werden.

### Unterschied drei

Eine dritte Differenz ergibt sich beim persönlichen Geltungsbereich. Die Volksinitiative will lediglich die Preise der Kartelle und marktmächtigen Unternehmungen und Organisationen überwachen, die Preisbildung der übrigen Anbieter aber den Marktkräften überlassen. Der Kreis der Unterstellten müsste daher genau abgesteckt werden. Bei den Kartellen wäre dies noch machbar. Weit schwieriger wäre dieses Unterfangen jedoch bei den marktmächtigen Unternehmungen. Darunter könnten, falls sie eigentliche Spezialitäten anbieten, auch Klein- und Mittelbetriebe fallen. Es müsste daher eine

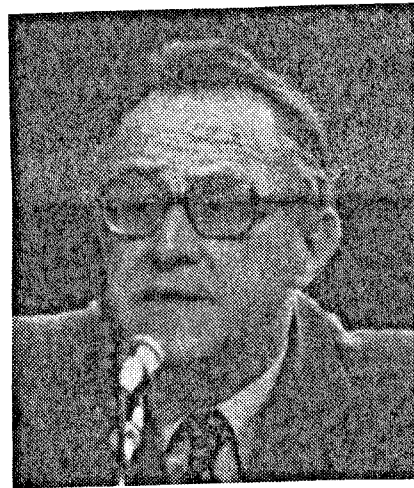


Preisüberwacher stossen im Schweizer Volk auf grosse Sympathie. Darin waren sich die Teilnehmer eines vom Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverband organisierten Podiumsgesprächs einig. Auseinander gingen die Meinungen dagegen bezüglich des volkswirtschaftlichen Zwecks, der wirtschaftspolitischen Folgen und der Praktikabilität einer Preisüberwachung, sei sie nun wettbewerbspolitisch (Volksinitiative) oder konjunkturpolitisch (Gegenvorschlag) motiviert. In der Diskussion zwischen Nationalrat Felix Auer (fdp., Basel-Landschaft) als Befürworter des Gegenvorschlags, Nationalrätin Yvette Jaggi (sp., Waadt) als Vertreterin der Initiantinnen, Nationalrat Jean Cavardini (lib., Neuenburg) namens seiner für ein doppeltes Nein eintretenden Partei sowie Heinz Kneubühler, Stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen, und Professor Walter Wittmann von der Universität Freiburg ging es vor allem um die Erwartungen, die in eine Preisüberwachung gesetzt werden. — Unser Bild (v.l.n.r.): Prof. Wittmann, die Nationalräte Auer, Frau Jaggi, Cavardini. (Fotoruli)

grosse Zahl von Betrieben untersucht werden, wobei sich heikle Abgrenzungsprobleme ergäben. Die Unterstellungsentscheide wären zudem laufend zu überprüfen, da neue Unternehmungen in eine marktmächtige Stellung hineinwachsen, andere diese verlieren können.

Beim Gegenvorschlag soll sich die Preisüberwachung grundsätzlich auf alle Bereiche beziehen können. Immerhin soll auch hier ein Schwerpunkt bei Kartellen und ähnlichen Organisationen gesetzt werden. Für die Unterstellung aller Unternehmungen sprechen insbesondere Gründe der Rechtsgleichheit und der Praktikabilität. So ist es stossend, wenn Preise lediglich bei Kartellmitgliedern, nicht aber bei Aussenseitern überwacht und allenfalls herabgesetzt werden können.

tive geführt, die das durch niedrige Preise verursachte Verschwinden der Tante-Emma-Läden steuern will...



Werden die Preise ständig überwacht, wie die Initiative es verlangt, so erfordert dies nicht nur einen zusätzlichen Beamtenapparat und grossen administrativen Aufwand aller zum Preismelden und -belegen verpflichteten Produzenten. Die Preisüberwachung wirkt nach einiger Zeit erfahrungsgemäss kontraproduktiv, denn der staatliche Eingriff in den Marktmechanismus bringt dessen gesunde Kräfte zum Erlahmen. Einheitliche Kosten- und Kalkulationsschemata und damit zusätzliche Kartelle und zusätzliche Konzentration wären die Folge. Ueberdies ist kein Produzent geneigt, staatlich abgesegnete Preise herabzusetzen.

### Ein vernünftiger Gegenvorschlag

Ohne Zweifel populär waren auch die beiden vom Bund 1973 bis 1978 eingesetzten Preisüberwacher, besonders weil sich etwa gleichzeitig die Preise verminderten — freilich als Folge der anderen staatlichen Steuerungsmaßnahmen, vor allem aber der veränderten, die Importe verbilligenden Wechselkurse!

Der Nutzen der damaligen Preisüberwachung ist zwar umstritten, doch kann ihr eine gewisse positive psychologische Wirkung nicht abgesprochen werden; sie war zudem kein etatistischer Solotürk, sondern eingebettet in ein Bündel anderer Massnahmen gegen die Inflation. Deshalb auch will der Gegenvor-

Fortsetzung auf Seite 4

## Lieber Leser

«Die Freisinnigen haben kluge Köpfe» — dieser Slogan der eidgenössischen Wahlen von 1981 hat weiterhin seine Berechtigung. Dies beweist — einmal mehr — die bevorstehende Ersatzwahl für den aus der Landesregierung ausscheidenden Bundespräsidenten. Die FDP kann auf eine grosse Zahl bestens ausgewiesener und qualifizierter Kandidaten zurückgreifen. Von mehreren Kantonalparteien sind zuhanden der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung Nominierungen eingegangen. «Der Freisinn» hat den offiziell Genannten drei Fragen gestellt. Die Antworten finden Sie auf Seite 5.

Eindrücklich und langanhaltend war der Applaus, den Bundespräsident Dr. Fritz Honegger als Dank für jahrelang geleistete Dienste an der Öffentlichkeit von den Delegierten der FDP der Schweiz in der jüngsten Delegiertenversammlung entgegennehmen durfte. Die offizielle Verabschiedung findet am traditionellen Fraktionessen am Tag der Vereinigten Bundesversammlung während der Dezembersession statt. «Der Freisinn» bringt dennoch auf Seite 8 Worte des Dankes von Parteipräsident Yann Richter.

Die liberale Bandbreite zeigt sich — übrigens nicht zum erstenmal — bei der Parolenfassung für den eidgenössischen Urnengang vom 28. November. Der Entscheid der schweizerischen Delegierten fiel deutlich aus: ein unmissverständliches Nein zur Preisüberwachungs-Initiative, ein Ja, wenn auch nicht mit grosser Begeisterung, für den Gegenentwurf von Bundesrat und Bundesversammlung, nicht zuletzt aus der Ueberzeugung, dass gegenüber der ordnungspolitisch bedenklichen Initiative eine vertretbare Lösung Unterstützung verdient. In gleichem Sinne haben in der Zwischenzeit auch mehrere Kantonalparteien entschieden. Eine jedoch nicht unbeträchtliche Zahl konnte sich auch nicht mit dem Gegenentwurf befreunden und hat ihren Parteifreunden beantragt, zwei Nein in die Urne zu legen. «Der Freisinn» fasst auf den Seiten 3 und 4 die Argumente der Befürworter des Gegenentwurfs sowie jene der Verfechter der Parole für zwei Nein zusammen. Ein weiterer Beitrag erläutert die wesentlichen Differenzen zwischen Initiative und Gegenentwurf.

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS), die der FDP nahestehende Jugendorganisation, hat einen neuen Präsidenten. Dieser nimmt zum Verhältnis zwischen JBS und FDP in diesem «Freisinn» auf Seite 12 Stellung.

P.S. Beachten Sie bitte insbesondere Seite 11!

Hans Rudolf Leuenberger

## Als Gesamtplaner lösen wir interdisziplinäre Probleme garantiert. Und diszipliniert.

Wir machen Ihre Reorganisations-, Erweiterungs- oder Neukonzipierungsprobleme zu unseren eigenen. Und lösen sie dank eigenen System- und Betriebsingenieuren, Ökonomen und Bauplanern, welche in interdisziplinären Fragen sowohl über umfassendes Know-how als auch über langjährige Erfahrung verfügen.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434 CH-1462 Yvonand, Tel. 024/311731

GEILINGER

### Unterschied eins

Der Gegenvorschlag sieht demgegenüber eine konjunkturpolitisch ausgerichtete Preisüberwachung vor. Sie soll in Zeiten der Hochkonjunktur und verbreiteter Preistreiber zum Einsatz kommen und mithelfen, die Inflationsmen- talität zu brechen und die Preis- disziplin zu erhöhen. Wie die Erfahrung zeigt, verbessert sich bei Nachfrageüberschuss die Markt- stellung der Anbieter und eröffnet neue Preiserhöhungsspielräume. Diese sollen mit Hilfe der Preis- überwachung eingeengt werden. Sie soll allerdings nie allein, sondern nur zusammen mit auf die Ursachen der Teuerung ausge- richteten Massnahmen eingesetzt werden. Der Gegenvorschlag hält

### Nein zu Staatseingriffen à la Initiative

## Gegenvorschlag kein liberaler Sündenfall

Der Preisstopp, die weniger rigorose Preiskontrolle und die etwas mildere Preisüberwachung haben mindestens dreierlei gemeinsam: Erstens sind sie keine Idee von heute, sondern schon uralt. Zweitens: Die Eingriffe haben à la longue allemal nichts genützt. Und drittens: Preiseingriffe waren und sind allemal populär. Dies stellt Nationalrat Dr. Felix Auer (fdp., Baselland) fest:

Preise sind weder willkürlich noch «gerecht». Sie ergeben sich zum einen aus den Herstellungskosten eines Produkts, zum andern aus den Marktkräften: dem Spiel von Angebot und Nachfrage. Der wirksamste Preisüberwacher ist daher ein möglichst einwandfrei spielender Wettbewerb, und dieser ist — nicht zuletzt wegen der Konkurrenz des Auslandes — weit härter, als vielfach nach aussen sichtbar wird. Bedenkt man, dass Hausfrauen vor allem die Preise der Güter des täglichen Bedarfs miteinander vergleichen, mutet es etwas merkwürdig an, dass die Preisüberwachungs-Initiative, über die wir am 28. November an der Urne zu befinden haben, just von Organisationen der KonsumentInnen ergriffen worden ist. Denn gerade

bei Lebensmitteln und Textilien ist der Preiskampf vielfach ruiniös. Das «Lädelisterben» zeugt davon und hat seinerseits zu einer Initia-



### Abstimmungsparolen der FDP der Schweiz

Nein zur Preisüberwachungs-Initiative  
Ja zum Gegenentwurf der Bundesversammlung



SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

## Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

### Der Rat:

Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

### Die Tat:

Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.

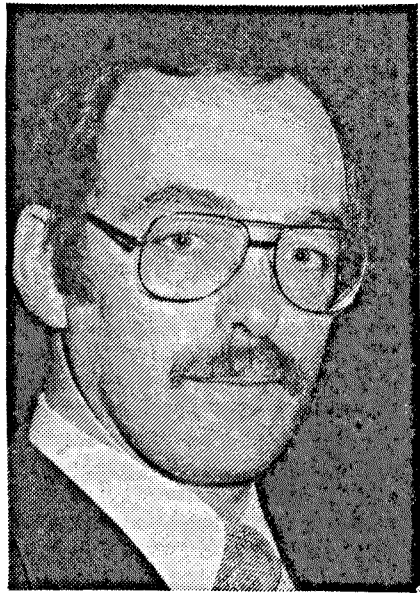




Darum zweimal Nein

## Ursachen nachgehen, nicht Symptome bekämpfen

Kritisch sowohl Initiative wie Gegenentwurf gegenüber steht Nationalrat Kurt Schüle (fdp., Schaffhausen). Nachstehend ein Auszug aus einem Referat an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz:



denklichen ordnungspolitischen Sündenfall.

- Wir laufen nämlich Gefahr,
- einer falschen Staatsgläubigkeit zu verfallen,
  - dem Bürger staatliche Machbarkeit zu suggerieren, die es gar nicht gibt.
  - unsere Ueberzeugung einem offenbar populären Anliegen zu opfern.

### Gefährlicher Staatsinterventionismus

Die Initiative hat zwar — im Gegensatz etwa zum Gegenvorschlag — einen wirtschaftspolitisch richtigen Ansatzpunkt: beim Wettbewerb nämlich, dessen Funktionen in einer freien Marktwirtschaft von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Initiative will die Preise der privaten wie der öffentlichen marktmächtigen Unternehmen in den Griff bekommen. Wenn nun aber der Staat Einfluss auf die Preise nimmt, und er kann dies nur, indem er auf das Kostenprinzip abstellt, so wird gerade jenes Steuerungsmittel ausgeschaltet, das uns eine effiziente Volkswirtschaft garantiert. Die Marktpreise sind für den Unternehmer das entscheidende Signal, ob er mehr oder weniger produzieren und damit auch mehr oder weniger investieren soll. Greift der Staat mit einer Preisüberwachung hier ein, so ersetzt er Wettbewerbspolitik durch staatlichen Interventionismus.

Die Initiative wie der Gegenvorschlag gehen von der irrigen Annahme aus, dass staatliche Beamte in der Lage sein sollen, den angeblich richtigen und gerechten Preis festzusetzen. Staatliche Preisüberwachung zur Ansetzung gerechter Preise ist und bleibt aber eine Illusion. Sie fördert nämlich nicht den unbestrittenen erwünschten Wettbewerb, die Preisüberwachung versucht vielmehr, den Markt bürokratisch zu kontrollieren. Ein nicht funktionierender Wettbewerb in einzelnen Branchen kann aber nie durch staatliche Preisdekretierungen ersetzt werden, ganz im Gegenteil. Solche staatlich sanktionierten Höchstpreise führen nämlich zu einer weiteren Einschränkung des Wettbewerbes, verstärken die schon vorhandenen Kon-

## Georg Fischer weiss, dass die Automobilindustrie nichts dem Zufall überlassen kann

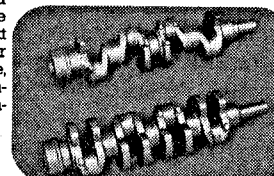


Die Automobilindustrie braucht als Partner Lieferanten mit sprichwörtlicher Gussqualität. Das heisst: Hochwertige Gusswerkstoffe für betriebssichere Bauteile. Qualität mit grösster Gleichmässigkeit auf hohem Niveau. Moderne Giessereien mit wirtschaftlicher Fertigung, welche konstante Lieferfähigkeit und Sicherheit in der Versorgung garantieren. Eine gut ausgebaute technische Beratung. Sie erstreckt sich auf alle Bereiche, von der Konstruktion bis zur Zerspanung. Unsere Fachleute sind zur Stelle, wann immer sie gerufen werden. Das alles brauchen Automobilhersteller, um ihre Grossserienfertigung reibungslos abwickeln zu können.

### +GF+ liefert jährlich für hunderttausende Automobile Bauteile aus hochwertigen Gusswerkstoffen

Das kam nicht von heute auf morgen. Dahinter steckt jahrzehntelange Erfahrung in der Serienfertigung. Unsere Forschung und Entwicklung leistet wichtige Beiträge zur Produktentwicklung. So werden duktile Gusswerkstoffe auf neuen Anwendungsgebieten im Fahrzeugbau eingesetzt. Heute liefern wir Gross-

serienprodukte, von denen jedes einzelne den hohen Qualitätsansprüchen der Automobilindustrie gerecht wird. +GF+ bietet mit seiner umfassenden Werkstoffpalette und mit wirtschaftlichen Herstellungsverfahren ein zukunftsorientiertes Leistungsangebot.



Gegossene Kurbelwellen für PKW-Motoren

### +GF+ forscht und entwickelt, damit Autos noch sicherer werden

Steigende Anforderungen an Werkstoffe, Verfahren und Produkte sind an der Tagesordnung. Neue Techniken im Fahrzeugbau fordern laufend weitere Anpassungen. Neue Bauteile mit verbesserten Eigenschaften werden benötigt, hergestellt nach noch wirtschaftlicheren Verfahren und geprüft mit unserem bewährten Qualitätssicherungssystem. Unsere Metallurgen, Chemiker, Physiker, Giesserei-Ingenieure und Konstrukteure arbeiten eng mit unseren Kunden zusammen. Damit das, was immer von +GF+ gefertigt und geliefert wird, höchste Qualitätsansprüche erfüllt. Das ist unser Beitrag zur Verkehrssicherheit. Wir sind stolz, dass nahezu alle namhaften europäischen Automobilhersteller Bauteile von +GF+ verwenden.

**+GF+**

Georg Fischer Aktiengesellschaft, Schaffhausen (Schweiz)

+GF+ Qualität weltweit

P 442/1

Wollen wir

- eine ständige Preisüberwachung nach den Vorstellungen der Initianten
- die Preisüberwachung wenigstens in Zeiten hoher Teuerung, wie von Bundesrat und Parlamentsmehrheit beantragt, oder, als dritte Möglichkeit:
- auf eine verfassungsmässige Preisüberwachung ganz verzichten?

Aus Ueberzeugung ersuche ich Sie, nein zu sagen zur Volksinitiative und nein zu sagen zum Gegenvorschlag. Nur ein zweifaches Nein bewahrt uns vor einem be-

Fortsetzung von Seite 3

schlag von Bundesrat und Bundesversammlung statt der von der Initiative geforderten Dauerinstitution eine zeitlich befristete und «mildere» Preisüberwachung wieder ermöglichen — allerdings nur, wenn konjunkturelle Gründe dies als notwendig erscheinen lassen, im Rahmen weiterer Massnahmen und dannzumal nicht wieder auf Grund von Dringlichkeits-, sondern von ordentlichem Recht.

Der Staatseingriff à la Initiative ist entschieden abzulehnen, dem Gegenvorschlag — einer vorübergehenden Preisüberwachung in Notlagen — darf auch von einem Anhänger der Marktwirtschaft zugestimmt werden.

zentrationsneigungen und gefährden mithin die Arbeitsplätze. Die Bedenken gegenüber jeglicher staatlicher Preisüberwachung sind jedoch nicht nur ordnungspolitischer Natur. Es stellt sich vielmehr auch die Frage, ob die erklärten Ziele — eine Niedrighaltung der Preise und der Teuerung — mit dem Mittel der Preisüberwachung überhaupt erreicht werden können. Ein Nachweis, dass die Preisüberwachungsbeschlüsse von 1972 und 1975 einen effektiven Erfolg zeitigten, ist nicht erbracht. Die Argumentation mit der psychologischen Wirkung ist jedenfalls sehr gewagt und keine genügende Basis für einen neuen Verfassungsartikel, der neuen staatlichen Interventionismus bringt.

**Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft**

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Teuerung ist nicht eine Preisüberwachung, sondern die staatliche Globalsteuerung der Wirtschaft durch eine klare Geld- und Finanzpolitik. Hier muss der Staat ansetzen, um eine gewünschte Wirtschaftsentwicklung, um Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu erreichen. Wir müssen den Ursachen nachgehen und nicht in Symptombekämpfung machen. Darum sind Initiative und Gegenvorschlag abzulehnen. Die Bedenken gegenüber den beiden Vorschlägen sind dieselben. Im Falle des Gegenvorschlages kommt dazu, dass eine auf Zeiten hoher

### Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft

Teuerung beschränkte konjunkturpolitische Preisüberwachung zwangsläufig stets zu spät käme. Und die entsprechende Bürokratie wäre jeweils nur mühsam auf- und noch schwerer überhaupt wieder abzubauen.

Der Staat kann den Unternehmen die Verantwortung für die Preisfixierung nicht abnehmen. Er kann aber auch den Konsumenten nicht davon entbinden, preisbewusst zu handeln. Ein zweifaches Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag allein ist ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, die es auch heute noch wert ist, verteidigt zu werden — zum Vorteil aller, auch des Konsumenten!

Der Staat kann den Unternehmen die Verantwortung für die Preisfixierung nicht abnehmen. Er kann aber auch den Konsumenten nicht davon entbinden, preisbewusst zu handeln. Ein zweifaches Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag allein ist ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, die es auch heute noch wert ist, verteidigt zu werden — zum Vorteil aller, auch des Konsumenten!

## WIR LÖSEN LEASING-PROBLEME GLOBAL



### DAS IST DIE ZWEITE EINER SERIE VON INFORMATIONEN FÜR SCHWEIZER UNTERNEHMEN MIT INTERNATIONALEN TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Die Offerte ist gut, Schweizer Qualität gefragt — was jetzt über die Auftragsvergabe entscheidet, ist die Frage der Finanzierung. Denn heute wird doch erstklassiges Know-how nicht nur auf dem Produktions-, sondern auch auf dem Finanzsektor verlangt. Und da kann Leasing die entscheidende Lösung sein — nicht nur in der Schweiz, sondern auch weltweit.

Nur, weltweites Leasing ist mit spezifischen Problemen verbunden. Die steuerlichen Bedingungen differieren von Land zu Land. Rechtsgrundlage und Geschäftsmentalität sind verschieden, ausländische Experten sprechen darum oft eine andere Sprache.

Schweizer Unternehmen mit Tochtergesellschaften im Ausland kennen die Folgen: die Investitionen der Tochter sind meist ein wenig zu teuer, die Steuervorteile werden nicht ausge-

nicht nur über eine eigene Tochtergesellschaft in New York verfügen. Sondern auch mit 140 ausgesuchten, seriösen Partnern in 72 Ländern auf dem ganzen Globus zusammenarbeiten. Und weil wir zweitens vom EDV-Center über die Produktionsstrasse bis zur Schmelzanlage alles finanzieren.

Bevor also Ihre Konkurrenz zur nächsten Sitzung zusammentrifft, sollten wir uns zusammensetzen, damit wir Ihnen unser Konzept im Detail erläutern können. Das Konzept: Sicherheit, Diskretion und individuellen Service durch uns, Ihren weltweiten Partner mit Sitz in Zürich. Und Leasingberatung und -finanzierung am Standort Ihrer Tochtergesellschaft durch den besten lokalen Partner. Damit Sie sicher sind, ein individuelles und günstiges Finanzierungsmodell zu erhalten. In jeder Währung!

Mitglied der Association for Municipal Leasing & Finance Washington, D.C.

**KELLER & PARTNER AG**  
Leasing + Wirtschaftsberatung  
Seestrasse 330, 8038 Zürich  
Tel. 01 481 91 11, Telex 54 016 kepa

schöpft. Das ist der Grund, warum immer mehr exportorientierte Schweizer Unternehmen mit uns zusammenarbeiten. Denn wir lösen Leasingprobleme global! Weil wir erstens als Schweizer Leasing- und Wirtschaftsberatung

**KELLER & PARTNER AG**  
DER SPEZIALIST FÜR WELTWEITE FINANZIERUNG VON GROSSPROJEKTEN



## Bundesratswahlen

Fragen  
an freisinnige  
Kandidaten

Am 29. November wird zu Beginn der Wintersession die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung ihren Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Dr. Fritz Honegger nominieren. Die Vereinigte Bundesversammlung tritt am 8. Dezember zusammen, um die Wahl vorzunehmen. «Der Freisinn» hat die offiziell von ihren Kantonalparteien zuhanden der FDP-Fraktion der Bundesversammlung Portierten um die Beantwortung von drei Fragen gebeten:

Was schätzen Sie an der Schweiz?

Was würden Sie ändern bzw. wo die Akzente anders setzen?

Welche Probleme der Schweiz beschäftigen Sie am meisten?

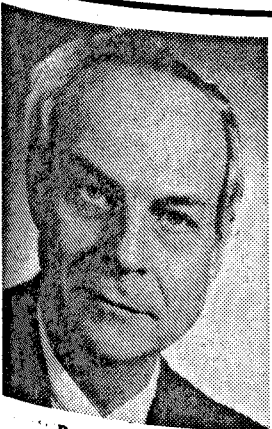


Jean-Pierre Bonny

In erster Linie bewundere ich die Lebensfähigkeit dieses Kleinstaates, der trotz geringen natürlichen Ressourcen, aber dank der guten und gewissenhaften Arbeit seines Volkes einen hohen Wohlstand erreicht hat. Ich schätze sodann trotz internationaler Verflechtung die grosse Eigenständigkeit unseres Landes und seine föderalistische Vielfalt.

Wichtiger als Änderungen ist die Aufrechterhaltung der bewährten Konstanten unserer Staatspolitik: Stabilität, Freiheit, Rechtstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Bewahren heisst aber für mich Gestalten: wir müssen den Mut haben, vermehrt Prioritäten zu setzen und uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Wir müssen auch vermehrt Sorge tragen zu unserer föderalistischen Struktur.

1. Im wirtschaftlichen Bereich sind es die strukturellen Probleme, welche unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden können.  
2. Ohne dramatisieren zu wollen, geben mir die zunehmenden Polarisierungstendenzen im Bereich der Sozialpartner zu denken.  
3. Wir müssen Sorge tragen, dass die Schweiz nicht allmählich einen Verlust an Identität erleidet. Die Schweiz muss sie selber bleiben.



Rudolf Friedrich

Mir ist wesentlich, dass die Schweiz ein unabhängiges Land ist, welches seinen Bürgern, alles in allem, ein Leben in Sicherheit und Freiheit ermöglicht. Mir gefällt seine Vielfalt als Anregung und als Aufgabe. Wertvoll sind die stabilen Verhältnisse, die Solidität, die Fähigkeit zum Ausgleich und eine bemerkenswerte politische Vernunft. Wichtig ist auch der Umstand, dass trotz mancherlei Schwierigkeiten Entwicklungen möglich bleiben.

Wir sind allzu sehr zu einer Forderungsgesellschaft geworden. Wir erwarten zuviel von den «ändern», von der Gesellschaft, vom Staat. Zur Bewältigung der von innen und aussen auf uns zukommenden Probleme ist eine Akzentverschiebung in unserer Einstellung nötig. Wir müssen wieder mehr Verantwortung persönlich übernehmen, vor allem selber etwas leisten und auch zum Dienst an der Gemeinschaft in den vielfältigsten Formen bereit sein.

Unsere direkte Demokratie ist nur lebensfähig, wenn eine klare Mehrheit bereit ist, sich sorgfältig mit den oft mühsamen Alltagsproblemen auseinanderzusetzen. Einerseits werden diese Probleme immer schwieriger und unübersichtlicher; andererseits neigt die politische Diskussion zur Oberflächlichkeit bis hin zum leeren Schlagwort und zur blossen Utopie. Das reimt sich nicht zusammen; es ist unerlässlich, den Dingen wieder mehr auf den Grund zu gehen.



Luigi Generali

... ihre Unschätzbare. Es ist in der Tat nicht leicht, ein anderes Land zu finden, wo sich verschiedene Sprach- und Kulturkreise sowie Religionen zu einem vielfältigen, aber insgesamt harmonischen Ganzen vereinigen. Generell beeindruckt bin ich aber auch von der ethisch-moralischen Haltung von Volk und Behörden, vom Sinn für geordnete Verhältnisse und Disziplin, von der Leistungsbereitschaft und vom staatsbürgerlichen Bewusstsein. Was ich noch besonders zu schätzen weiss: den sozialen Frieden als Ergebnis eines ausgewogenen Interessenausgleichs.

In einer Demokratie wäre es anmassend zu glauben, ein Einzelner könne ohne Unterstützung der Allgemeinheit viel ändern. Abgesehen davon: ich habe auf die erste Frage zu beschreiben versucht, wie positiv mein Bild der Schweiz und ihrer Gesellschaftsordnung ist. Meine Bestrebungen gehen also in Richtung einer Weiterentwicklung des Bestehenden, einer Auseinandersetzung mit der Gegenwart im Hinblick auf die Zukunftsbewältigung. Die Akzente sind darüber hinaus auf rechtzeitiges Erkennen und frühzeitiges Handeln zu setzen, wobei liberale Haltung, insbesondere Offenheit und Toleranz, wegleitend sein sollten.

Im Vordergrund steht die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung. Wir müssen alles ordnungspolitisch verantwortbare unternehmen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wichtig ist es, der jungen Generation Vertrauen in die Zukunft zu geben und damit auch das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft zu stärken. Ein weiterer Problemkreis betrifft die Bundesfinanzen. Die Bestrebungen zum mittelfristigen Ausgleich des Finanzhaushaltes des Bundes sind fortzusetzen, wobei sowohl weitere Sparanstrengungen wie auch die Erschliessung neuer Einnahmequellen unumgänglich sind.



Peter Hefti

Ihre landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Werte sowie ihre Vielfalt, auch in sprachlicher Hinsicht. Dass die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sich mit Staat und Gemeinschaft verbunden fühlen und wissen, dass man von Öffentlichkeit und Wirtschaft nicht nur fordern darf, sondern auch das Seine beizutragen hat, den sozialen Frieden und die Bereitschaft, durch gesunde Kompromisse Gegensätze zu überbrücken.

Wir brauchen etwas mehr Flexibilität. Veränderungen in der Umwelt, namentlich der wirtschaftlichen, sollte die Politik rascher zur Kenntnis nehmen und sich frühzeitiger darauf einrichten. Damit der Werkplatz Schweiz der heutigen Herausforderung gewachsen ist, hat der Staat vor allem für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen, wozu mehr als bisher alle Departemente beizutragen haben. Das ist auch unerlässlich zur Sicherung der Sozialwerke.

Neben den sich aus der zweiten Frage ergebenden unsere aussenpolitische und militärische Sicherheit, die Bekämpfung der Teuerung, die Energieversorgung sowie dass die in der ersten Frage genannten Vorzüge unserem Lande erhalten bleiben. Sollte die nächste Zeit grössere Anforderungen an uns stellen, darf man sich nicht gegenseitig die Lasten zuschieben wollen, sondern muss bereit sein, in gemeinsamer Anstrengung die Schwierigkeiten zu überwinden.



Bruno Hunziker

Die politische und wirtschaftliche Stabilität, die uns neben dem materiellen Wohlstand weite Entfaltungsmöglichkeiten gibt, sofern wir willens sind; dann auch, dass in unserem Land über alle politischen und ideologischen Gegensätze hinweg meistens sachlich und konstruktiv politisiert wird. Dabei kommt den Sozialpartnern eine bedeutende Rolle zu, die sie mit Verantwortung und wachem Engagement wahrnehmen.

Wir produzieren zu viele Gesetze und streben allzu detaillierte und perfektionistische Regelungen an. Mehr Vertrauen in die private Verantwortung und Initiative, dafür weniger und kürzere Gesetze, das sollte unser Ziel sein. Ferner gilt es, nach dem erfreulichen Ausbau unserer Sozialwerke die Grenzen des Wohlfahrtsstaates zu erkennen. Das hat nichts mit «sozialer Demontage» zu tun. Ausländische Beispiele zeigen deutlich, wohin eine Wohlfahrtspolitik führt, die über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hinausgeht.

Die Gefahr einer länger stagnierenden Wirtschaft. Die blosser Sicherung unserer sozialen Errungenschaften erfordert Wachstum, und dazu braucht es Investitionen und eine hinreichende Ertragskraft. Sorge bereitet mir auch die zunehmende Verunglimpfung von Gesellschaft und Staat sowie ihrer Leistungen und Werte. Das Zukunftsbild der Weltuntergangspropheten ist von unerträglicher Resignation und fehlendem Selbstvertrauen geprägt. Davon dürfen wir uns nicht anstecken lassen.



Paul Wyss

Vor allem schätze ich die kulturelle, politische und wirtschaftliche Vielgestaltigkeit. Unsere Chance liegt in unserer föderalistischen Staatsidee, und unsere Kleinheit erlaubt Ueberblickbarkeit und vor allem den so wichtigen Dialog zwischen verschiedenen Sprachregionen. Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist Grundlage einer Stabilität, die uns — im 120. Rang der Weltbevölkerung stehend — an die 12. Stelle im Welthandel geführt hat, was von der Tüchtigkeit unserer Bevölkerung zeugt.

Um die drohende Verzettlung der politischen Kräfte zu vermeiden, müssen wir vermehrt den Mut aufbringen, Schwerpunkte zu setzen. Für mich haben Unabhängigkeit des Landes und Freiheit seiner Bürger oberste Priorität. Entsprechend haesener sich finanzpolitische, wirtschafts- und sozialpolitische Entscheide dieser Priorität unterzuordnen. Nur mit der Konzentration auf das Wesentliche lässt sich eine Stagnation im politischen Entscheidungsprozess vermeiden.

Unsere Eidgenossenschaft und unser heutiges Staatswesen ist entstanden durch mutige, entschlossene Männer und Frauen. Mich beschäftigt deshalb, dass dieser Pioniergeist in unserer jüngeren Generation abnimmt. Es bedrückt mich auch, dass die Innovationsfreudigkeit, der Mut zum Umdenken in der Wirtschaft, beispielsweise auf neue Technologien, zuwenig vorhanden sind. Und dass auch bei uns die Tendenz zur Quantität statt zur Qualität zunimmt. Wenn wir schon für den föderalistischen Gedanken einsteigen, ist es wichtig, dass eine Dezentralisation der Kräfte auch in wirtschaftlichem Bereich, z. B. durch Gründung neuer Klein- und Mittelbetriebe, gefördert werden muss. Das braucht mehr Mut, Selbstverantwortung, grössere geistige und geographische Mobilität, was leider bei vielen Leuten nicht mehr der Fall ist. Die engen politischen dürfen nicht zu geistigen Grenzen werden!



Wir gratulieren der FDP St. Gallen  
zum 125. Geburtstag.

**Kiöpflli möbel**  
Das umfassende  
Einrichtungshaus mit der  
soliden Beratung.  
8207 Schaffhausen-Herblingen  
Schlossstrasse 67  
Telefon (053) 3 22 25

Das grösste Einrichtungshaus  
im Norden der Schweiz

**15%  
Skonto**

**Kiöpflli teppiche**  
sind Vertrauenssache  
Top-Angebot: Herlina-Barber,  
reine Schurwolle, IWS  
8207 Schaffhausen-Herblingen  
Schlossstrasse 67  
Telefon (053) 3 22 25

Das grösste Einrichtungshaus  
im Norden der Schweiz

**15%  
Skonto**

**Kiöpflli HERLINA-ELASTIC**  
Die Matratze zur Anti-  
Rheumatismus-Therapie  
8207 Schaffhausen-Herblingen  
Schlossstrasse 67  
Telefon (053) 3 22 25

Das grösste Einrichtungshaus  
im Norden der Schweiz

**15%  
Skonto**



**Preisdictat kein Heilmittel**

Trotz Preisüberwachung und Preiskontrolle ist in unseren Nachbarländern die Teuerung viel höher als bei uns. Deshalb sprechen auch alle ausländischen Erfahrungen gegen eine Preiskontrolle.

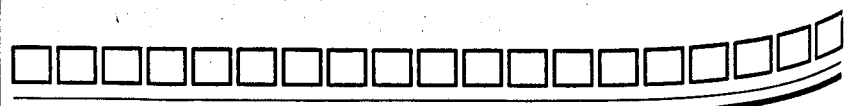
**Es reicht schon mit staatlichen Preisen!**

Mehr als die Hälfte der Preise in der Schweiz sind schon heute nicht mehr frei: PTT, SRG, SBB, Spitäler usw. Der Staat setzt nämlich diese Preise fest. Und es sind keineswegs günstige Preise.

Deshalb  
am 28. November  
Staatliches Preisdictat:

**nein**

Schweizerisches Aktionskomitee gegen staatliches Preisdictat



**OSTSCHWEIZ**

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre

**HOTEL METROPOL ST. GALLEN**

Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs

Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness  
Grosser Parkplatz

**ASH** ★★★★★  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon, Tel. 071 48 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!

**HOTEL RESTAURANTS CLUB BAD HORN**  
AM BODENSEE  
TEL. 071/41 55 11

**Am Gallusplatz**  
Restaurant gastronomique  
9000 St. Gallen  
(vis-à-vis Kathedrale)  
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Cuisine du marché  
Eigene Kreationen

**Das führende Haus mit Ambiance**  
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant  
Gewölbekeller für Gesellschaften

**Gasthof Hirschen**

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof  
CH-8268 Sienstein  
Telefon (072) 84 18 44  
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee  
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

**SilentGliss für Vorhang-Systeme**

**VonDach+Co** **SilentGliss**

Von Dach+Co, 3250 Lyss, Tel. 032 84 27 42

Jetzt ist es Zeit für eine Kur im Schweizer Heilbad

**KURHOTEL Valens**  
auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.

Das für Badekuren ideale Kleinhotel unter Leitung der Klinik Valens für die Rehabilitation von Rheumaleiden, Unfallfolgen und Lähmungen. Möchten Sie mehr von uns wissen? Fragen Sie Frau Frehner, Tel. 085-9 37 14

**PIZOL**

Pizolhütte, 2227 m ü. M.  
Im Sommer und Winter

**Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende**  
Herrliche 5-Seen-Wanderung

**Für den Winter - für Skiferien und Sporttage**

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.

Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.  
Touristenlager für 80 Personen.

Wir laden Sie herzlich ein Familie Peter Kirchof,  
7323 Wangs-Pizol Telefon (085) 2 14 56/2 33 58

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

**Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. November 1982**

Wollen Sie die Volksinitiative «zur Verhinderung missbräuchlicher Preise» annehmen?  
oder  
Wollen Sie den Gegenentwurf der Bundesversammlung annehmen?

Antwort **Nein**

Antwort **Ja**

NB: Stimmzettel, die beide vorstehenden Fragen bejahen, sind ungültig.

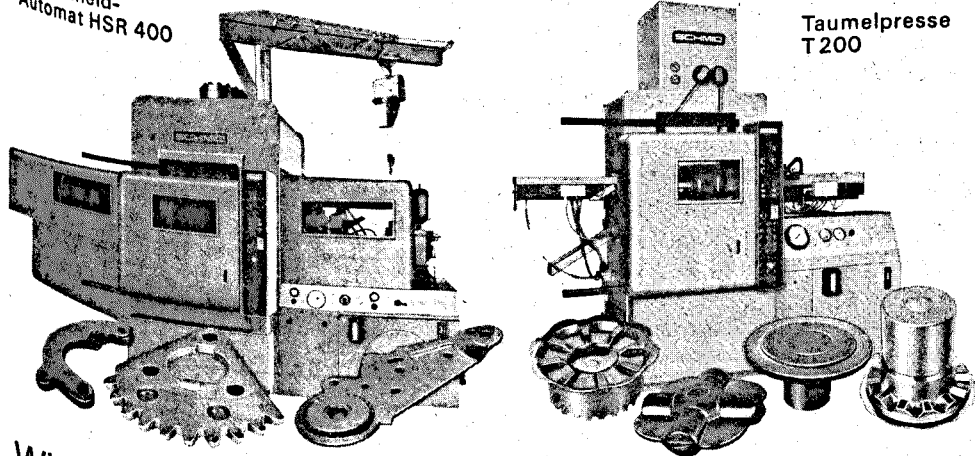
Schweizerisches Aktionskomitee für den Gegenentwurf zur Preisüberwachung



## FEINSCHNEIDTECHNIK - TAUMELTECHNIK

Feinschneid-  
Automat HSR 400

Taumelpresse  
T 200



Wir fertigen Teile nach Ihren Zeichnungen

**SCHMID**  
Maschinen- und Werkzeugbau

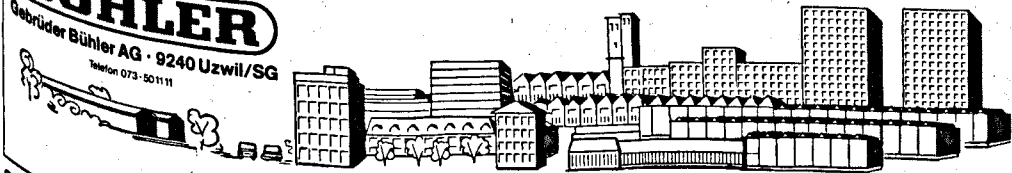
8640 Rapperswil  
Tel. (055) 20 91 21 Telex 875 678

Wir gratulieren  
zum Jubiläum  
«125 Jahre FDP  
St. Gallen»

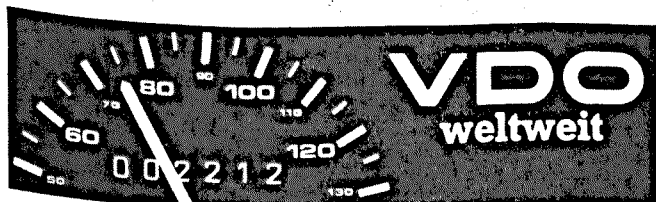
Für die Existenz unseres kleinen  
Landes ist die Freiheit des  
Einzelnen und jene der Wirtschaft  
von grösster Bedeutung

Als Exportunternehmen sind wir an der  
Verbesserung der Welternährung beteiligt. Wir  
bauen ganze Anlagen zur Lebensmittelherstellung,  
wie z. B. Getreidemühlen, Teigwarenfabriken,  
Speiseölfabriken, Schokoladefabriken,  
Mischfutterwerke, Silos und Schiffentlade- und -  
beladeanlagen für Schüttgüter. Im Nicht-  
Lebensmittelsektor fabrizieren wir Maschinen für  
Farbenfabriken, Druckgiessmaschinen,  
Stetigförderanlagen und Anlagen für den  
Umweltschutz.

**BUHLER**  
Gebüder Bühler AG - 9240 Uzwil/SG  
Telefon 073-501111



FIFDP08785



Qualität hat einen Namen: VDO

Sie finden unser Markenzeichen  
auf Kraftfahrzeug-, Boots-,  
Zweirad-, Luftfahrt- und Sonder-  
Instrumenten.

Verkauf: Schweiz: Krautli AG, Zürich

**VDO Technik AG**  
9464 Rüthi SG, Tel. 071 79 16 32

wir  
gratulieren  
der FDP St. Gallen  
zum 125 jährigen  
Bestehen

**GRIESSER**  
ST. GALLEN

GRIESSER AG  
Sonnen- und  
Wetterschutzanlagen  
Achsenstrasse 15  
9061 St. Gallen  
Telefon 071 / 35 11 78

Hauptsitz: 8355 Aadorf  
Telefon 052 / 47 05 21

**OBT Treuhand AG**  
macht Bilanzen aussage-  
kräftig und Buchhaltungen  
übersichtlicher

**Spezialisten**  
Wir beschäftigen Spezialisten,  
die aufgrund ihrer langjährigen  
Tätigkeit sämtliche Tücken  
kennen und Sie deshalb  
fundierter beraten können.

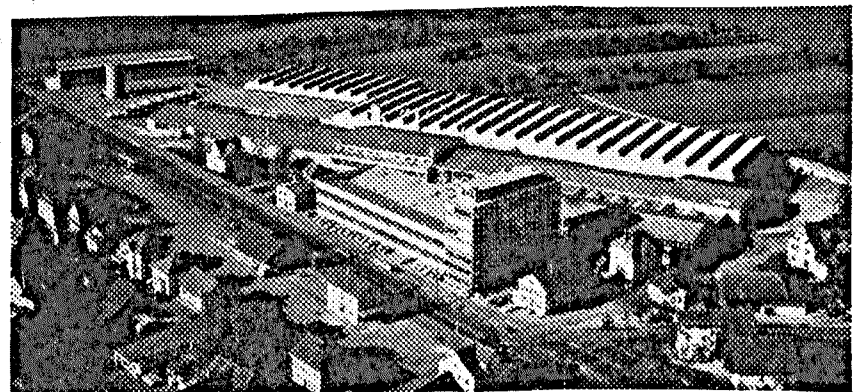
...und Dienstleistungen:  
- Buchhaltung, Revision  
- Bilanz- und Erfolgsanalyse  
- Planung, Budgetierung  
- Erfahrungszahlen, Rechnungswesen  
- Unternehmungsbewertungen  
- Lösung des Nachfolgeproblems  
- Steuerberatung und Steuerplanung  
- Geschäftsvermittlung, Liegenschaftsdienst  
- Unternehmungsberatung etc.  
Rufen Sie uns einfach an!

Organisation  
Beratung  
Treuhand

**OBT Treuhand AG**

9003 St. Gallen  
Rorschacherstrasse 63  
Telefon 071 / 26 31 31

76.1.187.10.2 d



**Lista**  
ein Schweizer Familienunternehmen  
von internationalem Ruf

Als weltweit führendes Unternehmen auf dem  
Gebiet der Betriebs-, Lager- und Büroeinrichtungen  
bieten wir unseren Kunden echte Problemlösungen  
und eine optimale Nutzung ihrer Kapazitäten.

LISTA Lienhard AG Erlen  
Büro- und Betriebseinrichtungen  
CH - 8586 Erlen TG, Telefon 072 49 11 11

↓  
**LISTA**  
macht Ordnung zum System





Dank an Bundespräsident Honegger: Die FDP der Schweiz überreichte ihrem ehemaligen Parteipräsidenten zur Erinnerung an dessen Wirken als Mitglied der Landesregierung einen Stich mit dem Bundeshaus als Sujet. Unser Bild zeigt (v. r. n. l.) Bundespräsident Honegger; Christa Jester-Fankhauser, Mitarbeiterin des Generalsekretariates; Parteipräsident Yann Richter. (Foto ruti)

Letztmals als amtierendes Mitglied der obersten Landesbehörde nahm Bundespräsident Dr. Fritz Honegger an der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz teil. Parteipräsident Yann Richter benützte die Gelegenheit, um dem scheidenden Magistraten namens der Partei den Dank auszusprechen:

«Avec Fritz Honegger, notre pays perd un magistrat qui l'a servi de multiples manières. Sa carrière politique a commencé en 1957 avec son entrée au Grand Conseil zurichois; la même année, il se voyait confier la charge de président de la commune de Rüschlikon, qu'il a exercée durant huit ans. Il a appartenu jusqu'en 1975 au législatif cantonal zurichois, qu'il a présidé en 1965/66. C'est en 1967 qu'au terme d'une lutte électorale caractérisée par des résultats-records, qu'il est devenu membre du Conseil des Etats. Cette carrière politique a été couronnée par son élection au Conseil fédéral en décembre 1977, et sa désignation en qualité de Président de la Confédération pour l'année en cours.

De même que fidèle à la tradition de ce pays, il a rassemblé ses expériences politiques au profit de la communauté aux trois échelons de notre organisation fédérale, de même, il s'est engagé à tous les échelons en faveur de notre Parti. Fritz Honegger n'a pas été seulement président de celui-ci à l'échelle de la commune et du district, mais il a dirigé également le Parti radical zurichois avant de prendre, en 1974, la tête du Parti suisse.

Si, aujourd'hui, à l'occasion de la dernière assemblée des délégués de l'année, nous exprimons dans ce cadre notre reconnaissance au Président de la Confédération, c'est en étant conscients que nous nous sépa-

rons d'un membre du gouvernement fédéral qui a donné au pays le meilleur de lui-même. Fritz Honegger a consacré l'essentiel de sa vie au bien public, en tant qu'homme, dans sa carrière professionnelle, dans son activité politique et comme soldat. Il n'a jamais ressenti le besoin de se mettre au premier plan. Il est caractéristique de son attitude qu'il quitte maintenant une charge qu'il n'avait pas cherché à obtenir, mais pour laquelle il avait été appelé.

Cher Fritz, les positions que tu as adoptées et que tu as défendues avec beaucoup de compétence et d'efficacité sont caractéristiques de ta personnalité. Réfléchi certes, mais toujours réaliste, tu ne t'es jamais éloigné des principes fondamentaux auxquels tu es profondément attaché. Convaincant, sans jamais rien brusquer, tu as toujours su défendre ton point de vue, sachant non seulement présenter des causes impopulaires, mais aussi t'engager pour elles. Profondément radical, tu as pris parti en toute circonstance pour une économie libre et saine. Constamment orienté vers l'intérêt général, la responsabilité sociale a toujours figuré au premier plan de tes préoccupations. Ta manière directe et ouverte a été reconnue comme elle le méritait dans l'opinion publique. C'est dire toutes les raisons que j'ai de t'adresser, cher Ami, la sincère reconnaissance de tous pour l'activité que tu as déployée au service du pays.

Nous te remercions pour tout ce que tu as fait pour le Parti et pour toutes les heures que tu as passées parmi nous à l'occasion de nos réunions. A ces remerciements, auxquels sont joints nos meilleurs vœux pour l'avenir, j'inclus enfin ta famille et tout spécialement Madame Honegger.»

# Management-Beratung

## RACOM

RACOM  
Unternehmens-  
beratungs-AG  
Bahnstrasse 23  
8603 Schwerzenbach  
(01) 825 25 11

RACOM  
Unternehmens-  
beratungs-AG  
Grabackerstrasse 11  
4142 Münchenstein  
(061) 46 10 10

### Tätigkeitsbereiche:

- Unternehmensorganisation
- Führungskonzepte
- Auftragswesen
- PPS
- Personaleinsatzplanung
- Lohn- und Gehaltssysteme

ASCO-Unternehmensberater

- Finanz- und Rechnungswesen
- Datenverarbeitung
- Logistik
- Produkteinnovation
- Energiewirtschaft
- Personal

## TRANSPORT — LOGISTIK — IMPORT — EXPORT — DISTRIBUTION — BERATUNG

Ein erfahrenes Team hilft Kosten senken im temporären Einsatz, durch praxiserprobte multimodale System-Organisation.

Rufen Sie uns doch an, wir informieren Sie gerne über unsere Möglichkeiten.

TTS Transport + Tarif Service AG  
Postfach 16, 8640 Rapperswil,  
Telefon (056) 27 53 53 Telex 875818



## Baer Unternehmensberatung

6442 Gersau  
4600 Olten

Riviera II  
Tel. (041) 84 17 29  
Solothurnerstrasse 151  
Tel. (062) 32 24 85



Hanspeter Mollet  
Dipl. Ing. ETH SIA  
Alpenstrasse 276  
CH-4573 Lohn SO

Unternehmensberater für Rationalisierung (EDV) und Unternehmensstrategien (Rezessionsstudien, Engpassanalysen, Vertriebsorganisation).

Berater für Wirtschafts- und Absatzfragen, Praktiker mit langjähriger Führungserfahrung, übernimmt Mandate für:

- Betriebs-, Standort- und Marktanalysen
- Temporärmanagement
- Reorganisations- und Umstrukturierungsmassnahmen

JOSEF STEINEGGER  
Im Büel 1707, 8192 Glattfelden. (01) 867 39 08



ROI Management  
Consulting AG  
Zollikerstrasse 144  
8008 Zürich  
Tel. (01) 55 67 55  
Telex 52213

Planung im F + E- und  
Konstruktionsbereich  
Effizienzsteigerung im  
Gemeinkosten- und  
Dienstleistungsbereich  
Industrial Engineering:  
Betriebsrationalisierung  
Instandhaltungsorganisation  
Lagerplanung

Affilierte Gesellschaften in Mailand, Kopenhagen, Wien, Helsinki und den USA

## Organisation Planungskonzepte Management auf Zeit

BÄNNINGER UNTERNEHMENSBERATUNGEN  
Im Weizenacker 5, 8305 Dietlikon  
Tel. (01) 833 35 34



Technische Treuhandgesellschaft AG  
Wir erarbeiten technische Entscheidungsgrundlagen für Leute, die etwas zu sagen haben.  
Tecon  
Technische Treuhandgesellschaft AG  
Weinbergstrasse 26, 8001 Zürich Landstrasse 3, 8750 Glarus  
Tel. (01) 251 33 70 Telex 875984 tecon CH Tel. (058) 61 19 29

## Technischer Treuhandbericht

Analog zum jährlichen Revisionsbericht der Buchhaltung wird von uns die technische Seite eines Betriebes systematisch bis ins Detail untersucht.  
Diese Untersuchung ist von grossem Nutzen bei Beteiligungen, Fusion oder auch als eine wichtige Standortbestimmung des Betriebes.  
Verlangen Sie mehr Information.

## FDP und kalte Progression

### Unterstützung der Initiative «für Ausgleich der kalten Progression»

Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hat beschlossen, die eidgenössische Volksinitiative «für Ausgleich der kalten Progression» zu unterstützen. Das Volksbegehren wurde von einem überparteilichen Komitee im Mai dieses Jahres gestartet und zielt darauf ab, die Folgen der kalten Progression bei der Wehrsteuer zu eliminieren.

Die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz hatte vorerst von einer Unterstützung der Initiative abgesehen. Sie wollte das Ergebnis der Debatte über eine von der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung sowohl im National- als auch im Ständerat

eingereichte Motion zum gleichen Thema abwarten. Nachdem jedoch weder die kleine Kammer noch die Volkskammer — letztere allerdings nur mit Stichentscheid der Präsidentin — den Vorstoss als (verbindliche) Motion überwiesen, sondern nur in der (unverbindlichen) Form eines Postulates guthiessen, beantragte nun die freisinnige Geschäftsleitung dem Delegiertenrat, das Initiativbegehren zu unterstützen, das in seiner Zielrichtung mit der von Partei und Fraktion bisher vertretenen Haltung übereinstimmt.

In der Aussprache im Delegiertenrat kam deutlich die Ent-

täuschung gegenüber der Haltung von Bundesrat und eidgenössischen Räten zum Ausdruck. Vorbehalte wurden zudem gegenüber der angelegten bundesrätlichen Vorlage geäussert, enthalte sie doch keine konkreten Bestimmungen. Zwar nicht in seiner Grundtendenz, aber hinsichtlich seiner Formulierung stiess allerdings auch der Initiativtext auf Kritik, insbesondere die Bestimmung, wonach eine lineare Steuerermässigung von 15 Prozent bei der Wehrsteuer eingeführt werden soll. Begrüsst wurde jedoch die Variante, dass anstelle dieser linearen Ermässigung auf dem Wege der Gesetzgebung eine gleichwertige Lösung gefunden werden soll. Deshalb fand der Antrag auf Unterstützung der Initiative massive Zustimmung.

## J.VONTOBEL & CO.

### Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung  
für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11



**Mit Unbehagen und grössten Vorbehalten**

Vom Voranschlag der Eidgenossenschaft für das kommende Jahr hat die FDP mit Unbehagen Kenntnis genommen. Wohl konnte das budgetierte Defizit knapp unter der Milliarden-grenze gehalten werden, doch ist der Bundeshaushalt, wie im übrigen auch die Landesregie-rung festhält, nach wie vor von einer dauerhaften Sanierung weit entfernt. Die Partei erwar-tet deshalb mit Nachdruck, dass an einer restriktiven Ausgaben-politik festgehalten wird. Die gegenwärtige Wirtschaftslage sowie die Perspektive lassen es nicht zu, dass nach der Erhö-hung der Warenumsatzsteuer durch weitere steuerliche Bela-stungen die Konkurrenzfähig-keit der Wirtschaft zusätzlich geschwächt wird. Am Ziel des Rechnungsausgleichs ist nach Ansicht der FDP unverrückbar festzuhalten, vorbehaltlich all-fälliger Massnahmen im Sinne von Arbeitsbeschaffungspro-grammen.

Grösste Vorbehalte bringt die FDP gegenüber dem Bericht über die Finanzplanung für die Jahre 1984-86 an, wo die Prioritäten zum Teil falsch ge-setzt wurden. So wurde die Landesverteidigung sogar nach eigener Darstellung des Bun-desrates demassen einschrän-kend berücksichtigt, dass die «für die Kampfkrafterhaltung und -verstärkung der Armee real zur Verfügung stehenden Mittel zurückgehen». Der Hauptgrund für diese Situation liegt darin, dass dem EMD praktisch lediglich der Teue-rungsausgleich zugestanden worden ist. Und dies, obwohl sich in den letzten Jahren die Militärausgaben ohnehin ge-genüber den anderen Ausgaben des Bundes unterdurchschnitt-lich entwickelt haben. Ein Ab-mee kann nach Auffassung der FDP im Hinblick auf die Bedro-hungslage nicht verantwortet werden, zumal damit nicht nur Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, sondern auch die Glaubwürdigkeit der schweizeri-schen Neutralitätspolitik beeinträchtigt wird. Die Partei for-dert daher eine Korrektur des Finanzplanes in dem Sinne, dass die dringenden militäri-schen Bedürfnisse befriedigt werden können.

**Wir sind so frei: Unsere Karten liegen auf dem Tisch!**

Für viele Schweizerinnen und Schweizer ist Politik ein Buch mit sieben Sie-geln. Viele finden Politik unnützlich und leeres Gewäsch. Aber sie verges-sen: Wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert. Ob er will oder nicht.

Wir Freisinnigen sind dem Wohl des Einzelnen seit jeher verpflichtet. Wir haben unseren demokrati-schen Staat geschaffen und mitgestaltet. Wir

waren schon immer für soviel Freiheit wie mög-lich und so wenig Staat wie nötig. Als liberale Partei sind wir offen für Neue-rungen, tolerant gegen-über anderen Meinungen und handeln solidarisch in Selbstverantwortung an-statt Träumen nachzuhän-gen, die andere bezahlen müssen.

Vielleicht interessiert es Sie, wie es in diesem, unse-rem Staate weitergehen

soll. Aber auch dafür, dass die Zukunft nicht allein vom Staat, sondern nur von uns allen gestaltet und gemeistert werden kann.

Verlangen Sie ein Gra-tisexemplar unserer Bro-schüre «Grundsätze des modernen Liberalismus». Damit legt die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) offen ihre Karten auf den Tisch.

**Coupon**

Es interessiert mich, was die FDP zu den Problemen unserer Zeit zu sagen hat. Senden Sie mir deshalb die Broschüre «Grundsätze des modernen Liberalismus».

Herr/Frau/Frl. (Zutreffendes bitte unterstreichen)  F

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Bitte in Blockschrift ausfüllen und in frankiertem Couvert oder auf Postkarte geklebt einsenden an: FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

**Freisinnige Ideen sind besser**



Freisinnig-Demokratische Partei

**Vereinheitlichung des Schuljahrbeginns**

**Auf den Spuren der freisinnigen Volksinitiative**

Der Bundesrat hat einen Entwurf für einen Ver-fassungsartikel in die Vernehmlassung geschickt, der den einheitlichen Schuljahrbeginn in der gan-zen Schweiz zwischen Mitte August und Mitte Ok-tober vorsieht (heute in 12 Kantonen Frühjahrs-, in 13 Kantonen Spätsommer-Herbst-Beginn, Bern geteilt). Der Präsident des Komitees der FDP-Schulkoordinations-Initiative, Nationalrat Burk-hard Vetsch, Balgach SG, schildert den Stand der Diskussion:

Mit ihrem Vorschlag folgt die Landesregierung weitgehend der Volksinitiative, die von zwölf frei-sinnigen Kantonalparteien lan-cierte und mit 106 000 gültigen Un-terschriften im Februar 1981 ein-gereicht worden ist. Diese ver-langt den einheitlichen Schuljahr-beginn in der ganzen Schweiz, ohne in der Verfassung einen Ter-min zu nennen. Die Initianten ha-ben aber bereits erklärt, dass sie sich einem Vorschlag, wie er nun vom Bundesrat gemacht wird, an-schliessen könnten.

**Minimaler Eingriff**

Die Initianten haben sich ganz bewusst auf das eine Postulat be-schränkt, ohne zu vergessen, dass

es auch noch andere wichtige Ko-ordinationsanliegen gibt. Mit die-sem minimalen Eingriff des Bun-des in die kantonale Schulhoheit würde einerseits sehr vielen Schü-lern und Familien der Kantons-wechsel wesentlich erleichtert. Andererseits könnte damit ein wirk-samer Anstoss für die Realisie-rung des Konkordates durch die Kantone gegeben werden (Schul-eintrittsalter, Dauer der obligato-rischen Schulzeit, Uebertrittsalter in die Oberstufe). Die Initianten wollen keinen eidgenössischen Schulvogt. Deshalb begrüßen wir es, dass auch die nationalrätliche Kommission beschlossen hat, der Bund solle sich auf den Schul-jahrbeginn beschränken. Weiter-gehenden Kompetenzen an den

Bund können wir nicht zustim-men.

**Entscheid durch Schweizervolk**

Leider sind unsere Hoffnungen, die Volksinitiative werde die Be-mühungen um einen einheitlichen Schuljahrbeginn in den Kantonen Zürich und Bern fördern, nicht erfüllt worden. Das Schweizer-



volk soll nun zu dieser umstritte-nen Frage Stellung nehmen kö-nnen. Die nachteiligen Auswirkun-gen des unterschiedlichen Schul-jahrbeginns sollten nicht noch lange bestehen bleiben. Dies ver-langen übrigens auch drei Stan-desinitiativen von Kantonen, die vor zehn Jahren im Vertrauen auf die zwischen den Kantonen abge-schlossene Vereinbarung auf den Spätsommerschulbeginn umge-stellt hatten. Der Sache zuliebe ist zu hoffen, der Vorschlag des Bun-desrates finde in der Vernehm-lasung eine gute Aufnahme.

**Wieder leichter Rückgang der Erwerbstätigen**

Seit 1977 — im Anschluss an die Re-zession — hat die Zahl der Erwerbstätigen in der Schweiz laufend zugenom-men. So zählte man im Jahresdurchschnitt 1980 3,016 Mio. Erwerbstätige, 1981 waren es 3,054 Millionen. Bereits im letzten Jahr wurden jedoch die Zu-nahmen geringer, wenn man mit den jeweiligen Vorjahresquartalen ver-gleicht. So gab es im ersten Vierteljahr 1981 1,7% Erwerbstätige mehr als im Durchschnitt der ersten drei Monate 1980. Für die folgenden drei Quartale lauten die Wachstumsraten 1,3%, 1,2% und 1,4%. Im ersten Vierteljahr 1982 waren noch 0,4% mehr Menschen im Wirtschaftsleben aktiv als letztes Jahr, und das zweite Quartal weist mit einer geringen Abnahme von 0,1% erstmals wieder ein Minuszeichen aus (3,101 Mio. Erwerbstätige). Dieser Trend wird sich im weiteren Verlauf des Jah-res und auch 1983 aller Wahrschein-lichkeit nach fortsetzen.

**Der Freisinn**

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Post-fach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Re-daktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürspre-cher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpar-tei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.—, Jahres-abonnement Fr. 20.—.

**Wilde Brazil aus echtem Brasil. Wilde Brazil aus echtem Brasil.**



Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

10 Stück/Fr. 6.—

20 Stück/Fr. 8.—

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel



# Lieben Sie Holz?

Wir auch. Denn Holz ist schön und dauerhaft. Und warm und wohnlich. Schöne Holzmöbel zaubern Stimmung und Atmosphäre in die Stube. Zum Beispiel unsere handwerklich gearbeiteten Eigenmodelle aus Massivholz – in unserer grosszügigen Wohnausstellung.

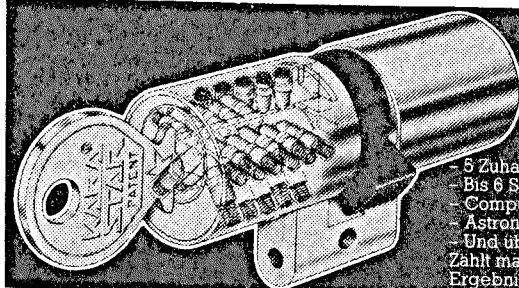
**Möbelzentrum des Handwerks**

An der Autobahn  
Zürich-Uster, Ausfahrt  
«Industrie Volketswil»  
(Waro), Tel. 01-945 55 81

Der rassige Jahreskalender mit Schatzkästlein.



In allen Papeterien und Buchhandlungen oder direkt bei Verlag Pro Juventute, Seefeldstrasse 8, 8008 Zürich, Telefon 01 251 72 44 Fr. 12.50



**KABA STAR**  
Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

5 Zuhaltungsreihen  
Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder  
Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hunderstel Millimetern  
Astronomische Schliessvarianten  
Und über 100 Jahre Erfahrung  
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



**BAUER KABA AG**

Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Wetzikon  
Tel. 01/931 61 11  
Telex 875481

**Geschäfts- und Gewerbehäuser stellen besondere Anforderungen an die Verwaltung. Wir sind Ihr Partner.**

**Spaltenstein**

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TELEFON 01 316 13 00

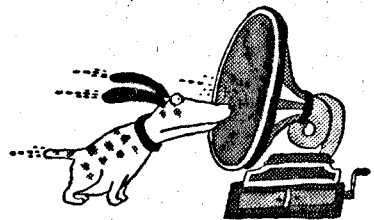
**Spross**

Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG  
Zürich 01-4 62 62 62

**SCHULER-WEINE**

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN



Mit der richtigen Zeitungswerbung können Sie Ihre Konkurrenz leicht übertönen.

Damit Ihre Zeitungswerbung ankommt.

**ofa**

## Wir schenken Ihnen dieses wertvolle und unentbehrliche Buch

Und dazu noch das Probeheft von der Jubiläumsausgabe des Grossen Brockhaus, wenn Sie die Gutscheinkarte noch heute einsenden.

Die Jubiläumsausgabe vom Grossen Brockhaus, dem begehrtesten Lexikon in der Schweiz, liegt jetzt fast komplett vor. Mit dem kostenlosen Probeheft möchten wir Ihnen die Möglichkeit geben, sich ohne Mühe über dieses wichtige Nachschlagewerk zu informieren. Das Wörterbuch Englisch schenken wir Ihnen als Dank für die Zeit, die Sie für diese Information aufwenden.

**20 Bände, von denen Sie ein Leben lang profitieren werden:**

Die Krönung einer 175jährigen Lexikon-Tradition ist diese neueste Auflage des Grossen Brockhaus. Die 20 Bände enthalten eine der umfassendsten Wissenssammlungen. Über 970.000 Stichwörter vermitteln das Wissen unserer Zeit in alphabetischer Ordnung. Über 24.000 Bilder, Schautafeln, Zeichnungen, Karten und Grundrisse veranschaulichen das geschriebene Wort. Auf 140.000 Seiten dieser 20 Grossbände finden Sie alles, was man wissen will – ob es sich um ausgefallene Sachgebiete handelt, um moderne Begriffe oder um

Fragen zur deutschen Sprache. Es ist bestimmt nicht übertrieben, wenn man sagt, dass heute keiner ohne Brockhaus auskommt. Dafür ist der Wissensstoff viel zu umfangreich.

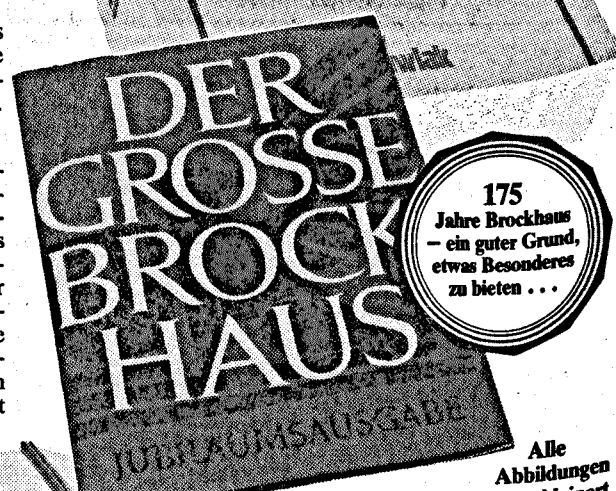
Sie haben die Wahl: Den Jubiläums-Brockhaus gibt es in einer blauen Edelleinen-Ausgabe und in einer naturbraunen Echtleder-Luxusausgabe – eine bibliophile Sonderausstattung.

**Denken Sie an Ihre Kinder**

Wissenschaftler untersuchten die Frage, warum es schon unter Kindern so grosse Unterschiede in bezug auf Intelligenz und Lernbereitschaft gibt. Und sie fanden heraus, dass Kinderlektüre und Kinderspiele mit entscheidend für schulische Leistungen und auch für Intelligenz, Phantasie und Charakter eines Erwachsenen sind. Geben Sie Ihren Kindern die Chance, sich schon früh an den Umgang mit einem Brockhaus zu gewöhnen. Das formt sie in der entsprechenden Lebensphase und prägt wichtige Verhaltensstrukturen für später.



**GRATIS:**  
Zweisprachiges Wörterbuch mit den 38.000 wichtigsten Stichwörtern



**175 Jahre Brockhaus**  
– ein guter Grund, etwas Besonderes zu bieten ...

Alle Abbildungen sind stark verkleinert



**GRATIS:**  
Dieses Probeheft mit Originalseiten

aus der Jubiläumsausgabe des Grossen Brockhaus informiert Sie ausführlich über den Umfang und die Ausstattung. Wenn Sie die Gutscheinkarte gleich absenden, erhalten Sie zusätzlich alle Informationen über die Jubiläums-Sonderkonditionen mit den günstigen Bezugsmöglichkeiten. Beispielsweise können Sie sich das gesamte Werk liefern lassen und in bequemen Teilbeträgen begleichen. Eine Gelegenheit, welche sich keiner entgehen lassen soll, der mit der Anschaffung eines guten Lexikons liebäugelt.

# PREISÜBERWACHUNG

**Nein zur Initiative**  
weil sie den Preisvogt, mehr Bürokratie, mehr Beamte, mehr staatliche Eingriffe – also mehr Staat bringt.

**Ja zum Gegenentwurf**  
von Bundesrat und Parlament, weil er uns Preisüberwachungs-Léo Schürmann und Leon Schlumpf bringt, wenn sie nötig sind: Dann nämlich, wenn eine Teuerungswelle übers Land geht.

Deshalb bei der Eidgenössischen Volksabstimmung am 28. November:

# NEIN

zur Preisüberwachungs-Initiative

# JA

zum Gegenentwurf der Bundesversammlung

Schweizerisches Aktionskomitee für den Gegenentwurf zur Preisüberwachung.

### Eine einmalige Anschaffung mit steigendem Wert

Ein gutes Lexikon ist eine einmalige Anschaffung für Jahrzehnte, oft für Generationen. Ein Leben lang werden Sie und Ihre Familie vom Grossen Brockhaus profitieren. Schon unter diesem Aspekt ist der Grosse Brockhaus eine der lohnendsten Kapitalanlagen. Dabei ist die Wertsteigerung noch nicht berücksichtigt, die ein „alter“ Brockhaus erzielt. Ganz besonders trifft dies natürlich auf seltene Werke wie diese Jubiläumsausgabe zu.

### Informieren kostet nichts

Im Gegenteil: Sie erhalten zwei Geschenke: Das Probeheft mit Originalseiten von der Jubiläumsausgabe und das zweisprachige Wörterbuch Englisch, welches unentbehrlich ist für zu Hause, in der Schule, im Büro und auf Reisen. Senden Sie die Gutscheinkarte, wenn Sie bis jetzt noch keine eingeschickt haben, an unsere Redaktion.

Wir leiten die Karte an den Brockhaus-Vertrieb, Fa. Enzyklopädische Literatur, weiter. Sie erhalten die versprochenen Unterlagen kostenlos und ohne jede weitere Kaufverpflichtung. Bitte füllen Sie die Karte vollständig und gut leserlich aus – und ab damit in den Briefkasten.

Wir bitten Sie aber, die Karte nur dann einzusenden, wenn Sie Interesse am Brockhaus haben.

Bitte hier abtrennen und auf Postkarte oder im Kuvert einsenden.

**Gutscheinkarte**

Ja, ich interessiere mich für die Jubiläums-Ausgabe vom Grossen Brockhaus und bitte Sie, mich näher darüber zu informieren. Ich erhalte kostenlos und unverbindlich wie angekreuzt:

das Wörterbuch Deutsch-Englisch, Englisch-Deutsch mit den 38.000 wichtigsten Stichwörtern auf 306 Seiten.

das Probeheft mit Originalseiten von der Jubiläumsausgabe des Grossen Brockhaus.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Geburtsdat. \_\_\_\_\_

Telefon (bitte mit Vorwahl) privat Firma \_\_\_\_\_

Strasse, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Kein Vertreterbesuch

Antwort

An  
**Enzyklopädische Literatur**  
Dr. E. Müller AG

Schützengasse 21  
8023 ZÜRICH

Bitte frankieren.



Die FDP zum Samichlaustag:

# Wir sind keine Kläuse!

## Und zwar darum:

1983 ist Wahljahr. Und so sicher, wie der Samichlaus zu den braven und den anderen Kindern kommt, werden in den kommenden Wahlkämpfen Gegner (und Neider) wieder herumbieten, dass die FDP eine Partei der Wirtschaftsbosse sei. Die darum keine Mühe habe, Geld für den Wahlkampf auszugeben. Sind denn unsere 140 000 Mitglieder und unsere 413 185 Wähler bei den letzten Nationalratswahlen wirklich Wirtschaftsbosse? Doch wohl kaum. Es sind Schweizerinnen und Schweizer, die liberal denken und handeln. Unsere Mitglieder stehen zu ihrer FDP und zeigen das auch. Mit einem fröhlichen Regenschirm, mit einer modischen Krawatte, mit aktuellen Accessoires für Sport und Freizeit oder schlicht mit einer Anstecknadel. Indem sie diese Artikel kaufen, unterstützen sie uns. Ohne staatliche oder andere Subventionen - in Eigeninitiative, freiwillig und eben: echt freisinnig.

Jetzt, kurz vor Weihnachten, liegt unser neues FDP-Sortiment vor. Unter den Accessoires befindet sich bestimmt eines, mit dem auch Sie anderen oder sich selber eine Freude machen können. Mit dem Kauf unterstützen Sie Ihre kantonale und die schweizerische FDP. Damit sie die Wahlkämpfe in Ihrem Kanton und im Bund nicht nur politisch, sondern auch finanziell erfolgreich bestehen wird.

Demnach sind jene die Kläuse, die - stehe oben - immer wieder die alte Platte auf den Teller legen müssen. Uns soll's recht sein!

**Ideen, Köpfe,  
beherzte Taten****FDP**

Freisinnig-Demokratische Partei



Der neue Sport-Regenschirm

Die warme Sportjacke



Die modische Krawatte

Das handrollierte Seidenfoulard



Das sportliche Stirnband

Die praktischen Gelenkstulpen



Das exklusive Echtlederportefeuille

### Ich finde die Idee mit den FDP-Accessoires gut und mache mit.

Liebe FDP  
 Ich möchte den neuen FDP-Accessoires-Prospekt haben, um in Ruhe auswählen zu können.  
 Ich möchte rasch bestellen, um noch vor Weihnachten folgende Artikel zu erhalten:

- Sportjacke(n) mit abnehmbaren Ärmeln, wattiert, waschbar, à Fr. 120.- Grössen: S - M - L - XL (gewünschte Grösse einkreisen)
- Sportregenschirm mit Klappsitz-Griff, à Fr. 54.-
- Echtlederportefeuille(s) mit Agenda 1983, Adressverzeichnis, Checketui, Kreditkartenfächer, Einsteckstulpen für Noten und Notizen, à Fr. 48.-
- Sets mit Stirnband und 2 Gelenkstulpen aus Baumwolle à Fr. 23.-
- Krawatte(n) aus Polysilk, à Fr. 35.-
- Foulard(s) aus reiner Seide, handrolliert, 80 x 80 cm, à Fr. 40.-
- Anstecknadel(n) mit feuervergoldetem FDP-Emblem, 8 mm Durchmesser, à Fr. 10.-

Bitte senden Sie mir Informationen über die FDP der Schweiz.

Herr/Frau/Frl.  
Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Bitte Name und Adresse in gut leserlichen Druckbuchstaben eintragen und Coupon einsenden an:  
 Generalsekretariat FDP der Schweiz  
 Postfach 2642  
 3001 Bern

Die gediegene FDP-Anstecknadel

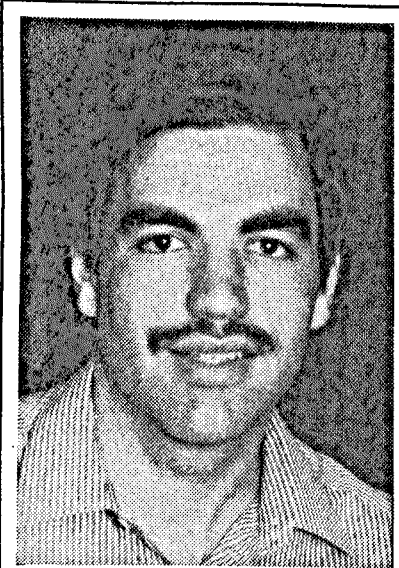




Der neue JBS-Präsident hat das Wort:

## JBS: Kaderschmiede oder Unruheherd?

Wenn die Freisinnigen von der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) Kenntnis nehmen, dann oft mit Verärgerung: Immer dann nämlich, wenn sich die Jungliberalen von Positionen ihrer Mutterpartei distanzieren. Der Freisinnige, der sich nur aus den Medien informiert und sich die Jugendorganisation seiner Partei als Kaderschmiede und jugendpolitischen Verstärker freisinniger Ansichten wünscht, wittert dann bei der JBS linke Systemveränderer am Werk. «Der Freisinn» hat den neuen Präsidenten der JBS, Jean M. Hensch, gebeten, den Standort der Jungliberalen zu erläutern.



Jean M. Hensch (23) studiert Jura an der Uni Zürich und ist seit 1975 FDP-Mitglied. Er ist Gründungsmitglied und derzeitiger Präsident der Jungfreisinnigen Partei der Stadt Zürich (JFZ). Er vertritt die FDP in mehreren kommunalen Kommissionen und ist Mitglied des städtischen Parteivorstandes. Bis zu seiner Wahl als Präsident war er Zentralsekretär der JBS.

tive für den Ausgleich der kalten Progression bei der Wehrsteuer.

### Unterschiede? — Ja, es gibt sie

Dabei wollen wir aber die Unterschiede nicht unter den Tisch wischen. So haben die Jungliberalen zum Beispiel aktiv die Strafbuchrevision bekämpft, welche massgeblich von freisinnigen Parlamentariern mitgestaltet worden war. Dass man hier als Liberaler verschiedener Meinung sein kann, zeigt sich daran, dass auch bekannte Freisinnige die Revision bekämpften, während andererseits gewisse JBS-Kantonalsektionen diese ausdrücklich begrüßten. So kann der blosse Parolenvergleich irreführen, weil — auch auf Grund der Medienbedürfnisse — Gegensätze konstruiert werden, wo in Wirklichkeit fließende Uebergänge bestehen.

Vor allem im Bereich Verkehrspolitik und Umweltschutz fühlt sich die JBS als innovative Kraft innerhalb des Freisinns. Wohl wegen unseres Alters gehen wir Jungliberale konsequenter und prinzipieller an diese Problematik heran.

### Gleiches mit Gleichem vergleichen!

Beim Vergleich mit einer freisinnigen Partei am gleichen Ort muss jede jungfreisinnige bzw. jungliberale Gruppe bezüglich Mitgliederzahl, politischer Erfahrung und politischem Einfluss unterlegen sein. (Hoffentlich auch!) Deshalb haben viele Freisinnige für ihre «Youngsters» oft nur ein mitleidiges Lächeln übrig, und deshalb sind auch jungliberale Kandidaten auf freisinnigen Listen so weit hinten anzutreffen. Dabei ist dieser Vergleich in keiner Weise statthaft, weil wir ja die

Ohne damit der laufenden Programmdiskussion innerhalb der JBS irgendwie vorgeifen zu wollen, sollen die politischen Standorte von FDP und JBS verglichen werden. Dabei stellt sich heraus, dass die JBS-Positionen zu Sachfragen wie zur Tagespolitik meistens mit den Stellungnahmen der FDP übereinstimmen, wie es auch auf Grund des gemeinsamen liberalen Gedankengutes zu erwarten ist. Dazu ein paar willkürlich ausgewählte Beispiele aus der letzten Zeit:

- das Gesamtverteidigungsseminar im September, bei dem die JBS ihr Bekenntnis zu einer starken Armee bekräftigte;
- unser eindeutiges Nein zur Jugendkrawall-Amnestie;
- das einstimmige Ja zur Initia-



## Franz Eng — der fünfte Solothurner Nationalratspräsident

kfr. Am 29. November wird (aller Wahrscheinlichkeit nach) der Nationalrat den bisherigen ersten Vizepräsidenten, den 54-jährigen Solothurner Juristen Franz Eng, zum Präsidenten für 1982/83 wählen. Franz Eng ist der fünfte Solothurner, der auf den Präsidentenstuhl des Nationalrates und der vereinigten Bundesversammlung steigt. Johann Trog (1851/52), Simon Kaiser (1868/69 und 1883/84), Albert Brosi (1892/93) und Jacques Schmid (1949/50) waren seine Vorgänger. Mehr zum Zug kam der Kanton Solothurn im Ständerat — insgesamt siebenmal —, zuletzt 1978/79 mit Ulrich Luder (Solothurn) und nun für 1982/83 mit Walter Weber (Derendingen). Wie 1949/50, als der Sozialdemokrat Schmid den Nationalrat und der freisinnige Solothurner Stadtmann Paul Haefelin den Ständerat präsidierte, ist das nächste ein «Solothurner Jahr» — wie es 1850/51 ein Zürcher, 1887 ein Luzerner, 1907/08 ein Basel-Städter, 1952/53 ein St. Galler, 1953/54 ein Neuenburger und 1955/56 ein Berner Jahr gab.

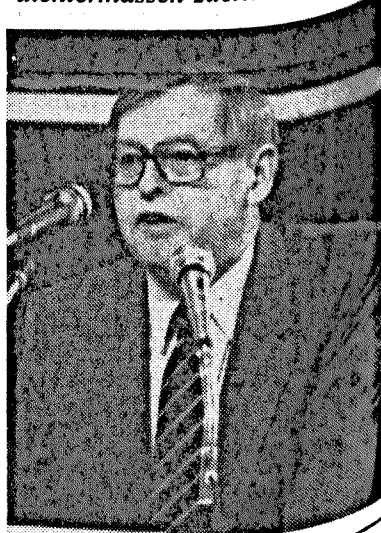
Franz Eng hat nach den juristischen Studien und dem Doktorat in Bern das solothurnische Staatsexamen als Fürsprecher und Notar abgelegt. 1965 eröffnete er — nach mehrjähriger Tätigkeit in der Privatwirtschaft — in Solothurn ein eigenes Advoka-

turbüro. Drei Jahre zuvor, 1962, hatte er in Günsberg im Bezirk Lebern Wohnsitz genommen, wo er 1964 zum Ammann (Gemeindepräsident) der Einwohnergemeinde gewählt wurde. Dieses Amt versah er bis 1977.

Bei den kantonalen Erneuerungswahlen von 1965 zog Franz Eng in den Solothurner Kantonsrat ein, und in der Folge lernte er den parlamentarischen Betrieb als Präsident und als Mitglied verschiedener Kommissionen des Kantonsrates und ausserparlamentarischer Gremien kennen. 1973 verzichtete er auf eine Wiederwahl. Ein bestimmender Einfluss wird im Kanton Solothurn der Vereinigung der solothurnischen Einwohnergemeinden zugeschrieben. Franz Eng hat sie von 1968 bis 1980 präsidiert. Er hielt dabei die Gemeinden immer wieder dazu an, ihre Autonomie sorgfältig zu hüten, empfahl aber auch, wo es sich aufdrängte, regionale Lösungen und die Zusammenarbeit in Zweckverbänden. 1971 wurde Franz Eng in den Nationalrat gewählt, und in der Zwischenzeit ist er teils Vorstandsmitglied, teils Präsident mehrerer schweizerischer Organisationen geworden. Von 1978 bis 1981 präsidierte er die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung.

Dem Solothurner Freisinn, der sich noch immer als eine be-

sondere Ausprägung innerhalb der grossen FDP Schweiz versteht, hat Franz Eng in den letzten Jahren als Präsident der Programmkommission Konturen verliehen. Mit der ihm eigenen, sachbezogenen Art verstand er es, die verschiedenen Meinungen jeweils in ein geschlossenes Ganzes einzubinden. Das verhalf auch zum Erfolg, den die Solothurner Kantonalpartei — die nach wie vor mit Abstand stärkste politische Kraft im Kanton — in den letzten Jahren immer wieder erringen konnte. Darum freuen sich heute besonders die Solothurner Freisinnigen über die Ehre, die einem ihrer Vertreter in Bern nicht bloss zufällt, sondern verdientermassen zuerkannt wird.



FDP weder konkurrenzieren können noch wollen. Wir verstehen uns vielmehr als sinnvolle — aber notwendige — Ergänzung zu ihr. Vergleichen lassen müssen wir uns hingegen mit den anderen Jugendparteien, und dabei schneiden wir nicht schlecht ab:

- Die JBS kann auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken (Gründung 1928) und entstand als Bewegung von der Basis her, während die meisten Jugendparteien synthetische Schöpfungen der betreffenden Mutterpartei sind.
- Wir verfügen mit 22 ordentlichen und vier beobachtenden Kantonalsektionen über eine für Jugendparteien eindrucksvolle Durchdringung der politischen Landschaft.
- Mit unseren sechs- bis zehntausend Mitgliedern in der ganzen Schweiz decken wir nicht nur die Grossagglomerationen ab, sondern sind vielfach in kleinen Gemeinden als einzige Jugendpartei weit und breit präsent.
- Die JBS und ihre Sektionen entwickeln zahlreiche eigene und selbständige Aktivitäten, so dass unsere Mitglieder nicht unbedingt auf eine gleichzeitige Mitgliedschaft in den FDP-Kantonalparteien angewiesen sind, um auf ihre Kosten zu kommen (obwohl es auch von uns erwünscht ist).

### Stichwort Information

Die Probleme, die es zwischen Freisinnigen und Jungliberalen geben kann, lassen sich meines Erachtens meist auf mangelnde Information zurückführen. Während die JBS mit der schweizerischen Parteileitung der FDP eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit pflegen kann, wird Jungliberalen an der Basis noch oft mit Misstrauen und Abwehr begegnet.

Es wird daher mein persönliches Anliegen als JBS-Präsident sein, dass sich die Freisinnigen nicht mehr in den Massenmedien über ihre Parteijugend informie-

ren müssen, sondern direkt von uns — der JBS, den Kantonalsektionen und den Ortsgruppen — mit Information versorgt werden.

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) ist die grösste Jugendpartei der Schweiz und hat innerhalb der FDP den Status einer «nahestehenden Organisation». Die Jungliberalen stellen ein Mitglied der FDP-Geschäftsleitung, zwei Mitglieder des Delegiertenrates sowie mehrere Delegierte. Sie sind überdies in allen Kommissionen und Ausschüssen der FDP ex officio mit 2 Mitgliedern vertreten. Die jungfreisinnigen bzw. jungliberalen Kantonalsektionen sind oft in ähnlicher Weise mit den FDP-Kantonalparteien verbunden.

## Vorschau auf die Wintersession

### Nationalrat

#### Pendenzen im Prioritätsrat

Parlamentsreform  
Wust (Energiebesteuerung)  
Strassenverkehrsgesetz.  
Wohnquartiere  
Krankenversicherung, Teilrevision  
Grundstückwerb durch Ausländer  
und Ausverkauf der Heimat. VI  
Forschungsgesetz  
UNO. Beitritt der Schweiz

#### Pendenzen im Zweitrat

ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht  
Verrechnungssteuergesetz  
BV (Schweizer Bürgerrecht)

#### Behandlung im Zweitrat

Kartellgesetz. Revision  
Radio und Fernsehen.  
Beschwerdeinstanz

#### Differenzen

Autobahngebühren  
Schwerverkehrsabgabe  
Futtermittelimporte. Volksinitiative  
Militärische Bauten und Landerwerbe

#### Neue Geschäfte

Voranschlag 1983

#### Prioritätsrat

Bankeninitiative  
Atomgesetz. Verlängerung des  
Bundesbeschlusses

### Ständerat

#### Pendenzen im Prioritätsrat

Bundesverfassung  
(Radio- und Fernsehartikel)  
Bund und Kantone. Neuverteilung der  
Aufgaben  
Landwirtschaftliche Pacht. Bundesgesetz  
Kernkraftwerk Kaiseraugst. Rahmenbewilligung  
ZGB. Persönlichkeitsschutz

#### Pendenzen im Zweitrat

Konsumkreditgesetz  
Umweltschutzgesetz

#### Behandlung im Zweitrat

Bundesverwaltung. Neugliederung  
Bundesbeiträge. Weiterführung der  
linearen Kürzung  
Schutz der Menschenrechte. Bericht  
Verwaltungsorganisationsgesetz  
(Rüstungsdienste)

#### Differenzen

Kernenergiehaftpflicht. Bundesgesetz

#### Neue Geschäfte

Viehhalter im Berggebiet.  
Kostenbeiträge

#### Prioritätsrat

Zivildienst. Volksinitiative

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

&

PALM SPRINGS  
Palm Springs, CA 92262 1800 South Sunrise Way